

Kapitel 1: Geschichte Palästinas und Israels

1. Zur Vorgeschichte der Staatsgründung Israels

Der bilaterale Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern begann mit dem zionistischen Machtanspruch und der »zionistischen Landnahme« (Dan Diner) in Palästina vor mehr als hundert Jahren. Dieser Konflikt kann nur im Zusammenhang mit dem Imperialismus und Kolonialismus am Ende des 19. Jahrhunderts adäquat beurteilt werden.

Die Sehnsucht der Juden, nach »Zion« zurückzukehren, drückt sich im Achtzehnbittengebet und im Abschiedsgruß nach jedem Pessachfest aus: nächstes Jahr in Jerusalem. Im Zionismus verband sich dieser Wunsch mit einem politischen Programm.

Auf dem ersten Zionistenkongreß 1897 in Basel stellte Theodor Herzl das nationalistisch-politische Programm für einen unabhängigen »Judenstaat« vor. Er war der Überzeugung, die Judenfrage könne nicht durch Verschmelzen der Juden mit anderen Völkern gelöst werden.

Als einer der Vordenker des modernen Zionismus gilt Moses Hess. Wegen des latenten Antisemitismus und des sich in den europäischen Industriestaaten verstärkenden Nationalismus hatte er 1862 als einer der ersten den Aufbau eines eigenen Staates der Juden in ihrem angestammten Land Palästina gefordert. Hess, ein Zeitgenosse von Karl Marx, verband als tiefgläubiger Jude sozialistische Ideen mit der Ethik des Judentums zu einem aufgeklärten Nationalismus. Seine Idee, eine jüdische Bauern- und Arbeiterschaft aufzubauen,¹ hat die Entwicklung Israels über Jahrzehnte geprägt.

Die westliche Christenheit betrachtete die Araber als »Fremde« im »heiligen Land«. Ihre »symbolische Enteignung« korrespondierte mit der kolonialen Attitüde, alles Land in Besitz zu nehmen, das von »niemandem« beansprucht wurde. Für einen Mann wie den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson stellte sich die Rückkehr der Juden nach Palästina als die Erfüllung der biblischen Prophezeiungen dar. Demzufolge unterstützte er das zionistische Projekt nach Kräften.

Die Forderung nach einer Emanzipation der Juden war zunächst ein westeuropäisches Phänomen, das paradoxerweise das Übel des modernen Antisemitismus hervorbrachte. Den Begriff Antisemitismus hat Wilhelm Marr 1879 zur Unterscheidung vom traditionell-religiösen Judentum geprägt, dessen Wurzeln weit in die Geschichte zurückreichen. »Der Jude« stellte für den modernen Antisemitismus den Inbegriff des Negativen dar. Ein zum

Christentum übergetretener Jude gilt für diese Form des Antisemitismus weiterhin als Jude. Sie wendet sich gegen assimilierte wie auch gegen nichtassimilierte Menschen jüdischen Glaubens.

Im Osten hatte die Emanzipationsfrage zunächst keine Bedeutung, da die religiösen Kreise eine solche ablehnten. Als es infolge der Pogrome schließlich ebenfalls zu einer Emanzipationsbewegung kam, überwog das jüdisch-nationale Element. Diese Bewegung nannte sich »Aufklärung«.

Einer der führenden Männer dieser Bewegung war Peres Smolenskin. Er fürchtete die Assimilation und lehnte eine Verflechtung mit der westlichen Kultur ab. Die von ihm in Wien gegründete Zeitung »Die Morgenröte« sollte bald zum führenden Organ der neuen zionistischen Bewegung werden. In seiner Programmschrift »Ewiges Volk« wandte er sich sowohl gegen das Reformjudentum, das das Judentum zur Konfession degradierte, als auch gegen die in Gesetzesritualen erstarrte religiöse Orthodoxie. Für ihn war die Religion das nationale Bindeglied des jüdischen Volkes, das er auch als Volk des Geistes charakterisierte. Die geistige Wiedergeburt betrachtete er als das Entscheidende.

Nach der Ermordung Zar Alexanders II. kam es zu Pogromen in Rußland. Daraufhin wanderten osteuropäische Juden in größerer Zahl nach »Zion« aus, nach Westeuropa kamen weniger. Diese gefährdeten die Assimilation des westeuropäischen Judentums. Insbesondere das jüdische Großbürgertum ging zu seinen »Glaubensbrüdern« auf Distanz. Sir Edwin Montagu bekannte, daß ihn mit den Juden anderer Länder nur die Religion verbinde: »Ich stelle fest, daß es keine jüdische Nation gibt«, so der Engländer.

Mehr Resonanz als Moses Hess hatte Leo Pinsker mit seiner Schrift »Autoemanzipation«, die im Pogromjahr 1882 erschien.² Darin wandte sich der Arzt aus Odessa gegen die Assimilation und sprach sich für die Gleichberechtigung des jüdischen Volkes aus, das vor allem wieder eine Nation werden müsse. Nur durch eine Autoemanzipation könne dieses Ziel erreicht werden. Dabei ging es ihm zunächst nicht um eine bestimmte territoriale Lösung. Erst unter dem Einfluß der »Zionsfreunde« (Chowewe Zion) befürwortete er die Auswanderung und die Besiedelung Palästinas. Mit dem Bau von Rishon le Zion im Jahre 1882 nahm das zionistische Siedlungsprojekt seinen Anfang. Zu dieser Zeit lebten rund 25000 Juden unter einer halben Million Araber in Palästina.

Erst mit der Veröffentlichung von Theodor Herzls programmatischer Schrift »Der Judenstaat«³ wurde der politische Zionismus begründet, der dezidiert die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates zum Ziel hatte. Dies war auch eine Reaktion der jüdischen Eliten auf die Auflösung traditioneller jüdischer Werte – man entdeckte quasi den verschütteten nationalen Charakter des Judentums. Nur ein jüdisch-politisches Gebilde »in Palästina oder irgendwo auf diesem Planeten« könne die jüdische Frage lösen. Herzl erhielt vom ersten Zionistenkongreß 1897 in Basel, wo auch die »Zionistische Weltorganisation« ins Leben gerufen wurde, den Auftrag, mit den europäischen Regierungen über die Überlassung eines Territoriums für den Judenstaat zu verhandeln. Die Judenfrage war für ihn eine nationale Frage, die nur durch die Schaffung eines eigenen Staates zufriedenstellend gelöst werden konnte. Auf der Baseler Versammlung wurde die »Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Heimstätte« für das jüdische Volk in Palästina beschlossen. Prophetisch schrieb Herzl in sein Tagebuch: »In Basel habe ich den Judenstaat gegründet.« Damit war die Alternative einer völligen Anpassung der Juden an die Völker, die Walther Rathenau in seiner Broschüre »Höre Israel« (1897) empfohlen hatte, negativ entschieden. Herzls Strategie wurde nun zielbewußt und systematisch verfolgt. Der Zionismus trug die messianischen Erlösungsvorstellungen nicht mehr in einer religiösen Terminologie vor, sondern bediente sich dazu politischer Begriffe. Seine Absicht war es nicht, die tradierte jüdische Kultur bloß fortzuführen, er wollte sie radikal erneuern. Deshalb widersetzten sich die Ultra-Orthodoxen den Zionisten und warfen ihnen vor, mit ihrem Programm die messianische Zukunft antizipieren zu wollen. Dieser Vorwurf prallte aber an Herzl ab. Ein wichtiges konstituierendes Element in seiner und anderer Zionisten Vorstellungen nahm der Antisemitismus ein. Beispielsweise vertrat Alfred Lilienthal die Ansicht, daß es die Aufgabe des Rabbinats, jüdischer Nationalisten und Gemeindevertreter sei, das Vorurteil wachzuhalten.⁴ Die jüdische Identität wurde demnach von Beginn an negativ bestimmt.

Für die Geburt Israels war die Idee des Zionismus notwendig. Er kann jedoch nur angemessen gewürdigt werden, wenn man seine Opfer, die Palästinenser, mit berücksichtigt. Denn mit der Umsetzung der Idee des Zionismus begann auch die Tragödie des palästinensischen Volkes. Die zionistische Nationalbewegung entstand just zu dem Zeitpunkt, als sich der westliche Kolonialismus anschickte, die Welt in Einflußsphären aufzuteilen. Beide gingen eine Verbindung ein. Insbesondere der britische Imperialismus unterstützte die Zionisten in ihrem Verlangen, in Palästina eine »Heimstätte« zu errichten, weil er seine Herrschaft im arabischen Raum gegenüber den anderen Kolonialmächten konsolidieren wollte. Ein weiteres gemeinsames Anliegen dieser Allianz war die Spaltung des arabischen Raumes. Wenn die

zionistische Bewegung und der europäische Kolonialismus auch vieles gemeinsam hatten, so gab es allerdings einen fundamentalen Unterschied: War es die »Mission« der Kolonialisten, den vermeintlich kulturell unterentwickelten Völkern die Segnungen der westlichen Kultur zu bringen, so beinhaltet die Motivation der zionistischen Bewegung, die Gründung eines jüdischen Staates, die Verdrängung eines anderen Volkes.

Wie wurde das zionistische Kolonialprojekt aber umgesetzt? Das Land wurde durch den jüdischen Nationalfonds erworben und nur an Juden verpachtet: Die »jüdische Arbeit« und der Kauf von »jüdischer Ware« wurden propagiert, was einen Boykott von arabischen Produkten bedeutete. Die entsprechenden Parolen lauteten: jüdischer Boden, jüdische Arbeit, jüdische Waren.

Der Zionismus brachte nicht nur eine erhebliche Benachteiligung für die arabische Bevölkerung mit sich, sondern verursachte auch ein Schisma innerhalb der jüdischen Zivilisation selbst: zwischen säkularen Nationalisten und religiösen Juden. Er führte ein ethnozentrisches Wertesystem in eine Kultur ein, die auf einem monotheistischen Gottesglauben beruhte. Diese Spaltung innerhalb der Judenheit führte zu der zionistischen Bewegung, die letztendlich einen ethnozentrischen Staat für die Juden schuf. Die Konsequenz dieser Entwicklung, die sich völlig von der jüdischen Kultur losgesagt hat, hat Asher Ginzburg unter seinem Pseudonym Ahad Ha'am formuliert. Seine Vorstellungen sind in Israel nicht unbekannt, werden aber nicht rezipiert. Er hat darauf hingewiesen, daß ein zionistischer Staat, der nicht auf der jüdischen Kultur basiert, ein Staat wie Deutschland oder Frankreich werde, nur daß er von Juden bewohnt sei. Einen solchen Staat habe es schon einmal zur Zeit des Königs Herodes gegeben. In diesem »Staat der Juden« wurde die jüdische Kultur zurückgewiesen und verfolgt. Ebenso könne Herzls »Judenstaat« keine jüdische Kultur hervorbringen, weil die Juden dort so sein wollten »wie alle anderen Völker auch«. Somit ermangelten seiner Idee jene kulturellen Eigenschaften des historischen Judentums. Dieser Einwand Ha'ams wird heute von der ethnozentrischen Variante des Zionismus umgesetzt, die darauf pocht, daß das jüdische Volk nicht wie die anderen Völker sei. Bereits 1913 schrieb Ha'am in einem Brief an einen Siedler, in dem er das Verhalten der Zionisten gegenüber den Arabern kritisierte: »Wenn dies der »Messias« sein soll, wünsche ich nicht, daß er kommt.«

Bis heute wird die Frage diskutiert, ob Herzl oder den anderen zionistischen Vertretern die Existenz der Araber nicht bekannt war oder für irrelevant erachtet wurde. Agierten Herzl und seine Unterstützer in einem politischen Vakuum? Daß das Problem Herzl und anderen unbekannt war, kann heute wohl niemand mehr behaupten. Es war wohl eher eine

Kombination von kultureller Überheblichkeit, Ignoranz und Zeitgeist, die eine unselige Allianz eingingen. Als Max Nordau erfuhr, daß in Palästina Araber leben, soll er zu Herzl gesagt haben: »In Palästina gibt es ja Araber! Das wußte ich nicht! Wir begehen also ein Unrecht.« Der politische Slogan von Israel Zangwill »Ein Land ohne Volk, für ein Volk ohne Land« traf ganz den expansionistischen Zeitgeist der Epoche. Er sollte einer der zionistischen Geschichtsmymen sein, die bis heute tradiert werden. Ahad Ha'am schrieb 1891 nach seiner Rückkehr aus Palästina in dem Artikel »Wahrheit aus Palästina«, daß das Land nicht leer sei und man kaum unbearbeitetes Land finde. »Sollte einmal die Zeit kommen, wo sich das Leben unseres Volkes in einem solchen Ausmaß entwickelt hat, daß wir in einem kleineren oder größeren Ausmaß die einheimische Bevölkerung verdrängen werden, glaube ich, daß sie nicht so einfach ihren Platz räumen werden.« Ha'am sah also die Unvermeidbarkeit des Konfliktes zwischen der zionistischen Kolonisierung und den einheimischen Palästinensern voraus. In dessen Folge kam es in Palästina zu einem Zusammenprall zweier säkularer Nationalismen: des jüdischen und des arabisch-palästinensischen. Dieser Nationalismus wird heute mehr und mehr vom jüdischen und islamischen Fundamentalismus verdrängt bzw. instrumentalisiert.

Nach Aussagen führender Vertreter der zionistischen Bewegung gab es keinen Zweifel, was mit der einheimischen Bevölkerung geschehen sollte. Israel Zangwill stellte sich vor, »die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt«⁵. Auch die Idee eines Transfers wurde bereits von Herzl in seinem Tagebuch vorgeschlagen. »Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muß – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über den Wert zu verkaufen, aber zurück verkauft wird ihnen nichts.«⁶ Daß die zionistische Bewegung nicht mit lauterem Motiven in Palästina siedeln wollte, verdeutlicht schon die Aussage David Ben-Gurions, des ersten Ministerpräsidenten Israels, aus dem Jahre 1937: »Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner ... Wenn man sagt, daß Eretz Israel das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt ... Palästina muß und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.«⁷ Herzl setzte sich niemals mit den historischen Ansprüchen der Palästinenser auseinander. Die Zionisten wollten also von Beginn an das

Land nicht mit der einheimischen Bevölkerung teilen, sondern stellten die Präsenz der Araber generell in Frage. Das Ergebnis dieser Haltung ist eine exklusive Ideologie, die eine nichtjüdische Bevölkerung als überflüssig ansieht. Ein solches Bewußtsein ist sehr anfällig für die Idee eines Bevölkerungstransfers oder einer Ausweisung. In dieser Denkschule, die bis heute sehr einflußreich ist, hat der israelisch-arabische Konflikt keinen Platz, sondern die Araber werden nur als überflüssige Minorität wahrgenommen. Netanyahu erklärte in einer Rede an der Bar-Ilan Universität am 19. November 1989, die Israelis hätten während des Massakers der Chinesen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking die Gelegenheit nutzen sollen, um die Palästinenser zu vertreiben, »weil die Gefahr relativ klein gewesen wäre«.⁸ Der Wissenschaftler Nur Masalha dokumentiert, wie weit dieses rassistische Denken in der politischen Klasse Israels verbreitet ist; selbst Teile der Wissenschaftler äußern solche Meinungen. Auch David Ben-Gurion war ein entschiedener Verfechter eines Transfers, wie der Historiker Benny Morris nachgewiesen hat.

Über die Größe des von der zionistischen Bewegung beanspruchten Landes gab es unterschiedliche Vorstellungen. Je nach politischer Auffassung und den politischen Umständen wurden und werden noch heute ganz verschiedene Grenzverläufe angegeben. So wollte Max Nordau die »Grenzen Europas bis an den Euphrat« ausdehnen. Auf der Versailler Friedenskonferenz schlug die zionistische Organisation vor, den Süden des Libanon, Teile Syriens, entlang der Hedscha-Bahn nach Jordanien sowie einen Teil des Sinai bis Al Arish als »Heimstätte« zu erhalten. Es gab aber auch Stimmen, die ein Palästina wie zu Davids oder Salomons Zeiten forderten. Herzl soll gegenüber Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst gesagt haben, »wir verlangen, was wir brauchen, gemäß unserer Bevölkerung«. Dies scheint bis heute ein Leitmotiv israelischen Expansions- und Siedlungsstrebens geblieben zu sein. Bis in die jüngste Zeit hinein hat Israel keiner eindeutigen Grenzziehung zugestimmt bzw. keine genaueren Angaben über seine zukünftigen Grenzen gemacht.

Was ist eigentlich Zionismus? Der Zionismus beruht auf drei Grundannahmen: 1. Die Juden sind ein Volk und nicht nur eine Religionsgemeinschaft. Deshalb ist die Judenfrage eine nationale Frage. 2. Der Antisemitismus und die daraus resultierende Judenverfolgung stellen eine latente Gefahr für die Juden dar. 3. Palästina (Eretz Israel) war und ist die Heimat des jüdischen Volkes.

Von Beginn der zionistischen Kolonisation an war das Ziel, eine jüdische Mehrheit in Palästina anzustreben. Für Vladimir Jabotinsky, den Vorsitzenden der revisionistischen

Richtung des Zionismus, war das Erreichen einer jüdischen Mehrheit das Hauptziel des Zionismus, da der Terminus »Jüdischer Staat« eine jüdische Mehrheit impliziert. Palästina werde in dem Augenblick ein jüdisches Land, wenn es eine jüdische Mehrheit habe. Ironisch merkte Jabotinsky an, die Palästinenser hätten wohl nicht die richtige Vorstellung von dem zionistischen Unternehmen. Wie sich aus den Reaktionen der Palästinenser vor Ort ersehen läßt, hatten sie die wahren Intentionen des Zionismus sehr wohl begriffen. Gegen die Landnahme richtete sich von Beginn an Protest und Widerstand, der bis heute andauert. In diesem Widerstand liegt auch die Ursache des palästinensischen Nationalismus, dessen Ursprünge Rashid Khalidi bereits auf das Jahr 1908 datiert. Das zionistische Siedlungsprojekt stieß bei den Bauern auf heftigen Widerstand, und dies führte auch zu einer Mobilisierung der städtischen Mittelschichten. Die ersten palästinensischen Zeitungen wie »Al-Quds« warnten vor dem Zionismus als einer Gefahr für die »palästinensische Nation« und das »palästinensische Land«. Die zionistische Besiedlung würde zwangsläufig die einheimische Bevölkerung aus ihrem Land drängen.⁹

Um die Landnahme und ihre Rückkehr zu begründen, bediente sich die zionistische Bewegung einer einheitlichen Geschichtsinterpretation, nach der die heutigen Juden die Nachfahren der Hebräer seien. Dies konnte jedoch auch von jüdischen Anthropologen bisher nicht bewiesen werden. Daß die Juden und nicht die Araber die Ureinwohner Palästinas sind, läßt sich ebenfalls nicht belegen. Nur teilweise ist richtig, daß die Juden illegal vertrieben wurden, weil viele Juden Palästina aus ökonomischen Gründen vor ihrer Vertreibung durch die Römer verlassen hatten. Darüber hinaus wurden immer wieder religiöse Hilfsargumente verwendet, um den Zionismus zu untermauern und ihm damit Legitimität zu geben. Für viele waren diese Argumente nicht Ideologie, sondern Realität. Wie weit diese Legendenbildung geht, zeigt das Buch von Joan Peters. Sie spricht den Arabern jegliches Existenzrecht in Palästina ab. Das Land sei leer gewesen, sie hätten ihre Genealogie gefälscht, so ihre unhaltbaren Behauptungen.¹⁰ Norman G. Finkelstein zählt dieses Werk, das in den USA als bahnbrechend gefeiert wurde, zu den »spektakulärsten Betrügereien, die jemals zum arabisch-israelischen Konflikt veröffentlicht worden sind«¹¹. Die Zionisten beschreiben die Palästinenser als Araber, die erst kürzlich nach Palästina aufgrund der von den Siedlern geschaffenen Möglichkeiten eingewandert seien. Diesen Mythos wiederholte auch der ehemalige Ministerpräsident Israels, Benjamin Netanyahu: »Viele Araber immigrierten nach Palästina als Antwort auf die Zunahme der Arbeitsplätze, die von den Juden geschaffen wurden.« Selbst den Zangwillischen Mythos vom Land ohne Volk wiederholte Netanyahu bei seinem Staatsbesuch in Österreich vom September 1997. Heute sei das »harte unbewohnte

Niemandsland« im Nahen Osten ein »moderner, dynamischer Staat«¹². Was die Siedler tatsächlich einführten, waren rentablere Produktionsmethoden, denen die feudalistischen arabischen Verhältnisse deutlich unterlegen waren.

In Wirklichkeit wurden die Palästinenser als »Rechtsbrecher« angesehen, deren eigentliche Heimat in den 22 arabischen Staaten sei. Folglich wurden sie als Verhandlungspartner nicht anerkannt. Das Verhalten der ersten Kolonialisten gegenüber den Palästinensern beschrieb Ahad Ha'am nach seiner Rückkehr aus Palästina 1891 wie folgt: »Sie meinen, die einzige Sprache, die die Araber verstünden, sei die Sprache der Gewalt. Ihr Verhalten ihnen gegenüber ist – milde gesagt – aggressiv. Sie greifen sie grundlos in ihren Dörfern an und sind stolz darauf, sie mit Tritten und Schlägen zu erniedrigen. Das ist der Ausdruck ihrer Wut darüber, daß sich ein anderes Volk in ›ihrem‹ Land befindet und nicht weichen will.« Er warnte die zionistische Bewegung davor, die Araber zu verachten und sie wie Barbaren zu behandeln sowie ihre Interessen zu mißachten. Die zionistische Besiedlung brachte der einheimischen Bevölkerung den Verlust ihrer Heimat, die Vernichtung ihrer Gesellschaft, ihrer Kultur und Tradition sowie die Massenflucht in Flüchtlingslager. Die Folgen dieser Kolonisierung haben sich auf die Palästinenser bis heute verheerend ausgewirkt. Sie ging für die dort lebenden Palästinenser mit Chaos und Zerstörung einher. Die meisten der arabischen Bewohner verloren ihre Häuser, ihr Land, ihre Geschäfte und ihr Vermögen. Der Kolonisierungsprozeß ruinierte die palästinensische Gesellschaft. Hat der Zionismus durch die Vertreibung der Palästinenser von 1948 nicht seine ethische Legitimation verloren?

Trotz enormer diplomatischer Fortschritte standen die meisten Juden dem Zionismus indifferent gegenüber. Diese Haltung änderte sich erst, als die Nationalsozialisten den Antisemitismus als Herrschaftsinstrument benutzten und die Juden systematisch ermordeten. Der Zionismus machte sich die auf dem NS-Rassenwahn begründete Verfolgung und Ermordung von Juden zunutze und schloß daraus auf die ausweglose Lage der Juden allgemein. Der Antisemitismus erwies sich somit als ein konstituierendes Element des Zionismus. Er mache die Juden erst zu Juden und sei das »Lebenselixier« für die zionistische Bewegung, so Herzl. Ohne den Antisemitismus wäre der Zionismus wohl eine esoterisch-nationale Bewegung geblieben.

Neben dieser Sichtweise gibt es aber auch eine ökonomische Interpretation. Danach liegen die Ursachen der Judenfeindlichkeit nicht so sehr in der »Rasse«, Kultur oder ihrer Position als Minderheit begründet, sondern in den ökonomischen Bedingungen. Der aufstrebende Kapitalismus habe die Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen vertieft. Dies habe zu

neuen Ressentiments gegenüber den Juden geführt. Frustrationen seien auf die jüdische Minderheit anstatt auf die Verursacher der Misere projiziert worden. Die Machteliten hätten den Antisemitismus als Herrschaftsinstrument benutzt, um das Kleinbürgertum in seinem latenten Rassismus zu bestärken. Die Leidtragenden seien die Juden Europas. Somit wäre nicht nur der Antisemitismus konstitutiv für den Zionismus. Dieser habe sich den Antisemitismus auch insofern zunutze gemacht, indem er behaupte, daß es außerhalb eines jüdischen Staates keine Emanzipation geben könne. Dieses »ewige Opfer-Image« sei auch in Israel konstitutiv für die Identität des Staates geworden.¹³ Nach Akira Orr wären die Zionisten nach einem Verschwinden des Antisemitismus nicht in der Lage, säkulares Judentum zu definieren und ihren Staat zu rechtfertigen. Somit habe der Zionismus keines der Probleme gelöst, die er ursprünglich habe beseitigen wollen.

Ohne die Hilfe einer Großmacht wäre die zionistische Bewegung nicht erfolgreich gewesen. Ein entscheidendes Dokument war die Erklärung von Lord Arthur James Balfour an Lord Walter Lionel Rothschild aus dem Jahre 1917. Sie war der Freibrief zur Schaffung eines jüdischen Staates, obwohl sie vom Standpunkt des Völkerrechts ohne Belang war. Es war eine einseitige Sympathieerklärung der britischen Regierung. »Lieber Lord Rothschild, ich habe die große Freude, Ihnen im Auftrag der Regierung Seiner Majestät die folgende Sympathieerklärung für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von ihm gebilligt wurde. ›Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Zieles zu fördern, wobei allerdings von der Voraussetzung ausgegangen wird, daß nichts geschieht, was den bürgerlichen und religiösen Rechten der in Palästina bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaft oder den Rechten und dem politischen Status der Juden in anderen Ländern Abbruch tun könnte.‹ Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen wollten.«

Nach Meinung der Oxforder Historikerin Elisabeth Monroe war sie »eine der größten Fehler in unserer imperialen Geschichte«. Diese Erklärung suggerierte, daß es in Palästina eine überwiegend jüdische Bevölkerung und einige unbedeutende Minoritäten gebe. Doch diese unbedeutende Minorität (90 Prozent) lebte ununterbrochen seit 1300 Jahren in Palästina und besaß 97 Prozent des Landes. Die britische Regierung hatte keinerlei Recht, das Schicksal der einheimischen Bevölkerung zur Disposition zu stellen. Dies wäre aber nicht so schlimm gewesen, wenn man das Recht auf Selbstbestimmung, das für andere »befreite Gebiete« galt,

auch für Palästina beachtet hätte. Dies geschah nicht zufällig, sondern bewußt: »In Palästina schlagen wir noch nicht einmal vor, die Wünsche der augenblicklichen Bewohner auch nur in Betracht zu ziehen ... Die vier Großmächte sind dem Zionismus verpflichtet. Mag der Zionismus richtig oder falsch, gut oder schlecht sein, er ist verwurzelt in einer langen Tradition, in den augenblicklichen Notwendigkeiten, in zukünftigen Hoffnungen, die von größerer Wichtigkeit sind als die Wünsche und die Nachteile von 700000 Arabern, die zur Zeit in diesem historischen Land leben«, so Lord Balfour in einem Memorandum vom 11. August 1919 an seine Kabinettskollegen. Diese offene und teilweise rassistische Erklärung stellte die Spitze des Betrug an den Palästinensern dar.

Laut Balfour-Deklaration sollten der nicht-jüdischen, sprich arabisch-palästinensischen Gemeinschaft durch die Errichtung einer jüdischen Heimstätte keine Nachteile entstehen. Es gab keine rechtliche Begründung dafür, den Palästinensern neben den Juden nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches in dem seit 1922 bestehenden britischen Mandatsgebiet einen Staat zu verweigern. Als die Bewohner Palästinas waren sie die rechtmäßigen Erben des Osmanischen Reiches. Sie hatten eine gemeinsame Kultur, Sprache, Geschichte und zeichneten sich durch enge Familienbande aus. Ihre Ansprüche waren und sind die gleichen, die zu Recht heute die Kroaten, Slowenen, Litauer, Letten, Esten, Ukrainer und andere nationale Minderheiten anmelden. Die palästinensische Identität basiert also nicht auf religiösen Ansprüchen, sondern auf einer eindeutig identifizierbaren palästinensischen Gemeinschaft. Diese berechtigten Ansprüche wurden aber durch die zionistische Bewegung konterkariert. Die Negierung einer nationalen palästinensischen Identität führte zwangsläufig zur Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes.

Martin Buber und Ernst Simon prophezeiten, daß der Zionismus mit der Behandlung und Akzeptanz der Araber stehe und falle. Solche Stimmen wurden von den Zionisten vehement zurückgewiesen und hatten auf den Entwicklungsprozeß keinen Einfluß. Buber gehörte zu den ersten Mahnern des Zionismus und Israels. Auf dem 1921 in Karlsbad abgehaltenen Zionistenkongreß forderte er einen gerechten Bund mit dem arabischen Volk: »Wir verscherzen uns die echten und wertvollen Sympathien, wenn wir eine Methode, die wir bisher als unmenschlich brandmarkten, nun mehr dadurch, daß wir sie selbst üben, praktisch anerkennen ... nicht außen, sondern mitten unter euch, breitet sich das eigentliche, das unüberwindliche Unheil aus.« Die Kongreßmehrheit drückte den Wunsch des jüdischen Volkes aus, mit dem arabischen Volk in Freundschaft und gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und mit ihm die gemeinsame Heimat zu einem gedeihlichen Land zu

entwickeln. Der Zionistenführer Arthur Ruppin forderte, daß Juden und Araber Seite an Seite gleichberechtigt leben sollten; jeglicher Herrschaftsanspruch wurde von ihm negiert. Wie wenig aufrichtig dies gemeint war, zeigte sich jedoch, als Ruppin sich wiederholt für eine hermetisch geschlossene jüdische Wirtschaft einsetzte.¹⁴

Die zionistische Bewegung bemühte sich zunächst, ihre kolonialistischen Ziele rhetorisch zu verbrämen. Chaim Weizman erklärte 1918 in Jaffa, daß die Juden Schulter an Schulter mit den Arabern für Wohlstand in Palästina arbeiten wollten. Palästinensischen und syrischen Führern in Kairo versicherte er, daß der Zionismus nicht die Macht in Palästina anstrebe. Auch vor der Peel-Kommission, die die Britische Regierung im August 1936 eingesetzt hatte und die im November 1936 ihre Arbeit in Palästina aufnahm, gab sich Weizman kooperationsbereit und verwies auf die Balfour-Deklaration. Ihm und seinen Mitstreitern sei bekannt, daß die nichtjüdische Bevölkerung Palästinas nicht unterdrückt werden dürfe. Für die nichtjüdische Bevölkerung stellte die Deklaration eine gewisse Garantie dar. Gleichzeitig verlangte Weizman aber einen Staat, der so »jüdisch« sein sollte wie England englisch. Dieses Ziel wurde hartnäckig verfolgt. Weizman dazu vor der Peel-Kommission: »Wir sind ein steifnackiges Volk und ein Volk mit langem Gedächtnis. Wir vergessen niemals ... Wir haben Palästina niemals vergessen. Und die Standhaftigkeit, welche die Juden durch die Jahrhunderte und durch eine lange Kette unmenschlicher Leiden erhalten hat, ist in erster Linie jener psychologischen Anhänglichkeit an Palästina zu verdanken.«

Ernsthaft haben weder jüdische Siedler noch die britische Besatzungsmacht jemals den Versuch unternommen, zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Arabern zu kommen oder deren Rechte auf einen eigenen Staat einzulösen. Man war sich durchaus bewußt, daß durch eine Berücksichtigung der arabischen Interessen Konflikte hätten vermieden werden können, wie der Brief des Schriftstellers Hans Kohn an Martin Buber von 1929 zeigt: »Wir sind zwölf Jahre in Palästina, ohne auch nur einmal ernstlich den Versuch gemacht zu haben, uns um die Zustimmung des Volkes zu kümmern, mit dem Volk zu verhandeln, das im Land wohnt. Wir haben uns ausschließlich auf die Militärmacht Großbritanniens verlassen. Wir haben Ziele aufgestellt, die notwendigerweise und in sich selbst zu Konflikten mit den Arabern führen mußten und von denen wir uns sagen müßten, daß sie Anlaß, und zwar berechtigter Anlaß zu einem nationalen Aufstand gegen uns sind.«

Dieser sollte auch nicht lange auf sich warten lassen. Beim ersten Pogrom 1929 in Hebron wurden die dort lebenden Juden fast vollständig umgebracht. Aus Angst vor der beeindruckenden und gleichzeitig furchterregenden Entwicklung des jüdischen Yishuv

(vorstaatliche Besiedelung Palästinas) kam es im April 1936 nach mehreren vorausgegangenen gewalttätigen Zwischenfällen zum Aufstand der Araber sowohl gegen die Mandatsmacht als auch gegen die zionistischen Siedler. Der arabische Antizionismus machte sich 1936 somit erstmals gewaltsam Luft. Dazu hatte nicht unwesentlich der spätere Mufti von Jerusalem, Mohammad Said Amin al Hussaini, beigetragen, der von einem englischen Zionisten, dem ersten Hohen Kommissar Palästinas, Sir Herbert Samuel, ernannt worden war. Dabei war die arabische Bevölkerung Palästinas nicht von Anfang an antizionistisch eingestellt. Noch im Jahre 1908 hatten alle Religionsgemeinschaften in Palästina den Erlaß der muslimischen Regierung begrüßt, der eine größere politische und religiöse Entfaltungsmöglichkeit zuließ. Am 9. August desselben Jahres hatten alle Religionsgemeinschaften ihre heiligen Orte für die jeweils andere Glaubensgemeinschaft geöffnet.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Kampfeinheiten und einheimischer palästinensischer Bevölkerung auf der einen Seite und der Kampf gegen die britische Mandatsmacht auf der anderen gerieten Mitte der vierziger Jahre außer Kontrolle, so daß die Briten bereit waren, ihr vom Völkerbund erteiltes Mandat wieder abzugeben. Die in Palästina kämpfenden jüdischen Einheiten – Hagana, Irgun Zvai Leumi und Lehi (Stern-Bande) – haben durch ihren Terror gegen die Palästinenser und die Briten mit ihren Befehlshabern einsame Berühmtheit erlangt. Die zwei späteren Ministerpräsidenten Israels, Menachim Begin und Yitzhak Shamir, wurden von der damaligen Mandatsmacht als »Terroristen« steckbrieflich gesucht. Für ihre Aktionen stehen exemplarisch die Sprengung eines Teils des King-David-Hotels, in dem die Palästina-Regierung saß, und das Dorf Deir Yassin, in dem am 9. April 1948 ein Massaker an 250 arabischen Männern, Frauen und Kindern verübt wurde. Die Araber übten schon einige Tage später Rache, als sie 77 Ärzte, Krankenschwestern und Wissenschaftler auf dem Weg zum Hadassah-Krankenhaus ermordeten. Menachem Begin, Einsatzleiter bei dem Massaker von Deir Yassin vertrat die Meinung, daß dieses »nicht nur seine Berechtigung hatte«, sondern daß es ohne den »Sieg« von Deir Yassin »niemals einen Staat Israel gegeben« hätte. Als Palästina kurz vor einem Bürgerkrieg stand, wandten sich die Briten im Februar 1947 an die Vereinten Nationen, um der UNO die Entscheidung über die Fortsetzung des Mandats zurückzugeben. Am 29. November 1947 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen Resolution Nr.194, in der Palästina zwischen Arabern, die 90 Prozent des Landes besaßen, und Juden geteilt werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Palästina 1319000 Araber und mehr als 589000 Juden. Zwar haben das Ausmaß des Holocaust und die Fluchtbewegungen jüdischer

Überlebender aus Europa zweifellos den Staatswerdungsprozeß beschleunigt. Doch gehe die Gründung Israels in erster Linie auf die »politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und militärische Leistung seiner Gründer« zurück, wie Michael Wolffsohn betont.¹⁵

Man sollte aber auch die massive Unterstützung der Briten und der USA nicht unberücksichtigt lassen. Der Kampf der jüdischen Untergrundbewegungen war sowohl ein Antikolonialkrieg gegen die Briten als auch ein erneuter kolonialer Versuch, einen Staat gegen den Willen eines anderen Volkes auf dessen Territorium zu etablieren.

Die gesamte arabische Welt lehnte den Teilungsplan aus verständlichen Gründen ab, weil er das Recht der Palästinenser auf das ganze Land in Frage stellte und einen unschätzbaren Verlust an Rechten, Eigentum sowie politischen und sozialen Einrichtungen bedeutete.

Die Araber bewerteten die jüdischen Ansprüche auf Palästina als rechtswidrige Inbesitznahme, als eine Form des Kolonialismus, die der ursprünglichen Bevölkerung ihr Recht auf einen Nationalstaat absprach. Dafür zeigte sogar David Ben-Gurion Verständnis, wie Nahum Goldmann berichtet: »Wieso sollten denn die Araber Frieden schließen? Wenn ich arabischer Führer wäre, ich würde nie ein solches Abkommen mit Israel unterzeichnen. Das ist doch ganz normal: wir haben ihr Land genommen. Sicher, Gott hat es uns versprochen, aber wie kann sie das interessieren? Unser Gott ist nicht der ihre ... Sie sehen nur eins: Wir sind gekommen und haben ihr Land geraubt. Warum sollten sie das hinnehmen?« Die Palästinenser befürchteten, dieser Teilungsplan transformiere das »Judenproblem« und den damit einhergehenden westeuropäischen Antisemitismus in den Nahen Osten.

Angesichts der Kampfhandlungen zog die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Teilungsplan weniger als sechs Monate nach seiner Annahme wieder zurück und unterbreitete einen Alternativvorschlag, der den Aufruf zu einer vorübergehenden Treuhänderschaft über das ungeteilte Palästina enthielt. Die Araber nahmen diesen Vorschlag an, die Zionisten lehnten ihn auf das heftigste ab. Eine Sondersitzung der Versammlung wurde einberufen, um den Teilungsplan noch einmal in Erwägung zu ziehen. Während dieser Zeit nahmen die Zionisten die Sache selber in die Hand. Während die Briten ihr Mandat am 14. Mai 1948 beendeten, besetzten sie Stadt um Stadt. Die Bevölkerung floh entweder vor Schrecken oder wurde gewaltsam vertrieben. Dabei besetzten die zionistischen Streitkräfte nicht nur die Teile, die für einen jüdischen Staat vorgesehen waren. Bis Mitte Mai 1948 hatten zirka 300000 Araber das Land verlassen, ohne daß auch nur ein einziger arabischer Soldat aus den Nachbarstaaten Palästina betreten hatte.

Es entstanden drei separate Gebiete: Israel, die Westbank und der Gaza-Streifen. Das historische Jerusalem kam unter arabische Herrschaft, während der Westteil dem jüdischen Staat eingegliedert wurde. Palästina wurde also nicht gemäß dem Plan der UNO geteilt. Als David Ben-Gurion am 14. Mai 1948 den Staat Israel ausrief, waren zehn Prozent Palästinas jüdischer Grundbesitz. Nach den kriegerischen Auseinandersetzungen besaß Israel 77 Prozent der Gesamtfläche Palästinas, also 21 Prozent mehr, als der UN-Teilungsplan vorsah. Die Zionisten akzeptierten den Teilungsplan. Fortan argumentierten sie, die palästinensischen Araber hätten ihr Recht auf irgendeinen Teil des Ganzen eingebüßt, da sie sich weigerten, sich mit der Hälfte Palästinas zufriedenzugeben. Diplomatische Anerkennung und massive ökonomische Unterstützung trugen zur Legitimation des neuen Staates bei.

Von April bis September 1949 kam es auf Initiative des Schlichtungsausschusses (Palestine Conciliation Committee) zu einer Friedenskonferenz in Lausanne. Während die arabischen Staaten und die palästinensischen Vertreter die UN-Resolution als Grundlage von Friedensverhandlungen zu diskutieren wünschten, lehnte der israelische Ministerpräsident Ben-Gurion dies ab. Der damalige israelische Außenminister Moshe Sharett dagegen sah in dieser Konferenz eine Gelegenheit zum Frieden. Er war anders als Ben-Gurion bereit, Territorien abzutreten, die Israel während des Krieges von 1948 besetzt hatte und die nach dem UN-Teilungsplan den Palästinensern gehörten. Er erwog ernsthaft die Rückführung der Flüchtlinge und die Internationalisierung der Heiligen Stätten. Für Ben-Gurion war aber der Friede kein primäres Ziel. Als Sharett dann 1954 nochmals für kurze Zeit Ministerpräsident wurde, führte er Geheimgespräche mit der ägyptischen Regierung über eine Beilegung der Palästina-Frage. Die arabische Seite war aber nicht bereit, die Gespräche öffentlich zu führen, und in Israel lag die eigentliche Macht immer noch in den Händen von Ben-Gurion, »der keinen Frieden mit den Arabern suchte«.¹⁶

In jüngster Zeit ist es um die Staatsgründung Israels zu heftigen Kontroversen gekommen. Seit der Öffnung der Archive in den achtziger Jahren hinterfragen jüngere jüdische Historiker immer öfter die offizielle Geschichtsdoktrin über die Staatswerdung, die sich zwischen 1948 und 1952 herausbildete und bis heute die Essenz des israelischen Staatsverständnisses bildet. Neben Benny Morris hat insbesondere auch Simcha Flapan die offizielle israelische Geschichtsinterpretation in Frage gestellt. Er bewertet den »Plan D« nicht als politischen Plan zur Vertreibung der Araber, sondern ist davon überzeugt, daß diese lediglich aus Sicherheitsgründen vertrieben worden seien. Morris räumt ein, daß es seit April 1948 »klare Anzeichen für eine Vertreibungspolitik auf nationaler wie lokaler Ebene« gegeben habe.

Sowohl Simcha Flapan als auch Morris weisen nach, daß sich eine bewußt geplante Vertreibung der Palästinenser anhand der Dokumente belegen läßt. Einen ausdrücklichen Vertreibungsbefehl Ben-Gurions scheint es jedoch nicht zu geben. Dagegen existieren zahlreiche Erklärungen von ihm, die eindeutig seine Absichten offenlegen. Beispielsweise habe Ben-Gurion auf die Frage von Yigal Allon und Yitzhak Rabin, was mit den Bewohnern von Lydda und Ramle (50000–70000) geschehen sollte, geantwortet: »Vertreibt sie!« Oberstleutnant Rabin habe umgehend den Befehl unterzeichnet: »Die Einwohner Lyddas müssen ohne Rücksicht auf das Alter rasch vertrieben werden. Befehl sofort ausführen.« Was dann auch geschah. Wie die »New York Times« vom 23. Oktober 1979 berichtete, wurde in den Memoiren Ben-Gurions die Stelle über die Anordnung der Vertreibung interessanterweise gestrichen. Vor der Schlußoffensive in Galiläa erklärte er vor dem Kabinett: »Wenn im Norden die Kämpfe wieder beginnen, wird Galiläa sauber und leer von Arabern.« Diesen »Vertreibungsbefehl« Ben-Gurions bestätigte Israel Eldad, einer der entschiedensten Ideologen der Rechten, in »Yediot Aharonot« vom 10. Februar 1995: Die Notiz »säubern« sei mehrmals aufgetaucht und habe sich sowohl auf Galiläa als auch auf Lydda und Ramle bezogen. Auch habe Ben-Gurion keinen Quadratmeter konzediert, der sich in den Händen der Israelis befunden habe, unabhängig davon, ob er von den Vereinten Nationen oder den USA zugestanden worden sei. Und er habe Mussa Alami 1937 erzählt: »Natürlich wollen wir Frieden; aber wir sind nicht wegen des Friedens, sondern wegen des Zionismus gekommen.« Zu den von staatsoffizieller israelischer Seite immer wieder vorgetragenen Argumente nun im einzelnen:

– Das Einverständnis der zionistischen Bewegung mit der UN-Teilungsresolution vom November 1947 stellte einen einschneidenden Kompromiß dar, mit dem die zionistischen Juden ihre Vorstellungen von einem sich über ganz Palästina erstreckenden jüdischen Staat aufgaben und den Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat anerkannten. Israel war zu diesem Opfer bereit, da dies die Voraussetzung dafür war, die Resolution in friedlicher Zusammenarbeit mit den Palästinensern zu verwirklichen.

Dagegen erklärt Flapan, die Zustimmung zum Teilungsplan durch die Zionisten sei nur ein taktisches Zugeständnis im Rahmen einer unveränderten Gesamtstrategie gewesen. Sie habe zum einen darauf abgezielt, die Schaffung eines selbständigen Staates für die Palästinenser zu hintertreiben. Deshalb habe Ben-Gurion ein Geheimabkommen mit König Abdallah von Transjordanien, der mit der Annektierung des für die Palästinenser vorgesehenen Gebietes den ersten Schritt in Richtung auf sein erträumtes großsyrisches Reich zu tun glaubte,

geschlossen. Des weiteren habe durch diese Strategie das von der UNO für den jüdischen Staat ausgewiesene Territorium ausgeweitet werden sollen.

– Die arabischen Palästinenser lehnten eine Teilung Palästinas rundweg ab und folgten dem Aufruf des Mufti von Jerusalem, dem jüdischen Staat den totalen Krieg zu erklären; dies zwang die Juden, sich auf eine militärische Lösung einzulassen.

Flapan meint dagegen, daß sei nur die halbe Wahrheit, daß die arabischen Palästinenser die Teilung Palästinas ablehnten. Der Mufti, Mohammad Said Amin al Hussaini, habe den Teilungsplan fanatisch bekämpft, doch die Mehrheit der Palästinenser sei seinem Aufruf zum »Heiligen Krieg« gegen Israel zunächst nicht gefolgt. Im Gegenteil: Viele palästinensische Notablen und Gruppen hätten sich bemüht, einen Modus vivendi mit dem neuen Staat zu finden. Erst der entschiedene Widerstand Ben-Gurions gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates habe die Palästinenser ganz auf die Seite des Mufti getrieben. Die Anzahl der Kämpfer sei aber nicht sehr groß gewesen, und sie seien in Umfang, Ausrüstung und Ausbildung den Hagana-Truppen weit unterlegen gewesen. Anfang 1948 hätte der Mufti die arabischen Staaten vergeblich um Waffen und Geld gebeten.

– Sowohl vor als auch nach der israelischen Staatsgründung folgten die Palästinenser einem Aufruf der arabischen Führung, das Land vorübergehend zu verlassen, um mit den siegreichen Armeen zurückzukehren. Die jüdische Führung bemühte sich vergeblich, sie zum Bleiben zu bewegen.

Dagegen behauptet Flapan, die israelischen Politiker hätten die Palästinenser aus ihren Städten und Dörfern vertrieben. Während Morris dafür Sicherheitsgründe anführt, erklären Flapan, Pappe und Finkelstein den Transfer aus der zionistischen Ideologie heraus. Das Ziel der zionistischen Bewegung sei es gewesen, einen »jüdischen Staat« zu schaffen. Dazu habe es der gewaltsamen Vertreibung der Einwohner bedurft, wie die Aussage Ben-Gurions auf einer Sitzung der Arbeitspartei von 1938 belege: »Ich bin für die zwangsweise Aussiedlung. Ich sehe nichts Unmoralisches darin.«

– Weiterhin behauptet die offizielle israelische Seite, daß alle arabischen Staaten sich am 15. Mai 1948 vereint hätten, um in Palästina einzumarschieren, den neuentstandenen jüdischen Staat zu vernichten und dessen jüdische Bewohner zu vertreiben.

Dem widerspricht Flapan: Die arabischen Staaten hätten in erster Linie das Abkommen zwischen der provisorischen jüdischen Regierung und König Abdallah verhindern wollen. Sie

seien erst nach der Ausrufung des Staates Israel und nach dem Ende des britischen Mandats in Palästina einmarschiert, um ihren arabischen Freunden zu Hilfe zu kommen. Es sei nicht ihre Absicht gewesen, Israel zu zerstören. So habe die jordanische Regierung dem General, der die jordanischen Truppen führte, befohlen, nicht in jüdisches Gebiet einzumarschieren.

– Der arabische Einmarsch – unter Verstoß gegen die UN-Teilungsresolution – machte den Krieg von 1948 unvermeidlich, so die offizielle zionistische Lesart der Geschichte.

Auch der Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten ist nach Flapan nicht unvermeidlich gewesen. Die Araber hätten einem in letzter Minute vorgelegten amerikanischen Vorschlag zugestimmt, der einen dreimonatigen Waffenstillstand unter der Bedingung vorsah, daß Israel seine Unabhängigkeitserklärung zeitweilig aufgeschoben hätte. Die provisorische israelische Regierung habe den amerikanischen Vorschlag jedoch mit sechs zu vier Stimmen abgelehnt.

– Das kleine Israel stand dem Angriff der arabischen Streitkräfte gegenüber wie weiland David dem Riesen Goliath: ein zahlenmäßig weit unterlegenes, schlecht bewaffnetes Volk, das Gefahr lief, von einer übermächtigen Militärmaschinerie zerquetscht zu werden.

Der Vergleich von David und Goliath gehört nach Flapan ins Reich der Legenden. Der eigentliche Selbstverteidigungskrieg habe nur vier Wochen gedauert, bis zum Waffenstillstand vom 11. Juni 1948 – der zu umfangreichen Waffenlieferungen genutzt worden sei. Die besser ausgebildeten und erfahreneren israelischen Truppen hätten damit eine waffentechnische Überlegenheit zu Lande, zu Wasser und in der Luft erlangt.

– Israel hatte seine Hand immer zum Friedensschluß ausgestreckt, aber kein arabischer Führer hatte je das Existenzrecht Israels anerkannt; somit gab es niemanden, mit dem man Friedensgespräche hätte führen können.

Jedoch: In den Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 1952 wies Israel zahlreiche von arabischen Staaten und neutralen Vermittlern unterbreitete Vorschläge zurück, die zu einer Friedensregelung hätten führen können.¹⁷

Bis heute wird propagiert, Israel stehe einem übermächtigen Feind gegenüber. Doch wie zum Beispiel aus den Tagebüchern des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Moshe Sharett hervorgeht, handelt es sich bei dieser Bedrohung um einen Mythos.¹⁸ Insbesondere war auch die Netanyahu-Regierung bemüht, dieses Selbstverständnis zu instrumentalisieren. Sämtliche

Aktivitäten Israels wurden als eine Art Notwehrmaßnahme eines ums Überleben kämpfenden Volkes gedeutet. Damit hat Israel automatisch das Recht auf seiner Seite, wie völkerrechtswidrig seine Aktionen auch sein mögen. Denn: Bis zu den Waffenstillstandsverträgen von 1949 waren 750000 Palästinenser geflohen. Die Vereinten Nationen verabschiedeten mehrere Resolutionen zur Rückführung der Flüchtlinge, aber die Israelis verweigerten ihnen die Rückkehr. Sie leben bis heute in den Flüchtlingslagern in Jordanien, Gaza, Syrien, Libanon, der Westbank und in der Diaspora. Von 550 verlassenen palästinensischen Orten wurden bis auf 121 alle zerstört, auch die Friedhöfe. Man wollte jegliche Erinnerung an eine palästinensische Geschichte auslöschen. In den verbliebenen Dörfern wurden jüdische Einwanderer untergebracht. So fanden über 200000 sofort eine Wohnung. Im kollektiven Gedächtnis der Palästinenser haben sich diese Ereignisse als »Katastrophe« (An-Naqbah) etabliert.

Obwohl Israel im Unabhängigkeitskrieg gesiegt hatte, entspannte sich die Lage im Lande nicht. Dazu trug die Verhängung des Kriegsrechts am 21. Oktober 1948 bei, das der Militärverwaltung erlaubte, die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Kernland Israel total zu kontrollieren und einzuschränken. Kein Palästinenser konnte seinen Wohnort oder Distrikt ohne die Genehmigung des Militärgouverneurs verlassen. Galiläa war in über fünfzig Militärbezirke eingeteilt. Dieses Militärregime erwies sich als ein sehr effizientes Kontrollinstrument, da es die palästinensische Gemeinschaft spaltete. Zudem hielt Israel an den Ausnahmeregelungen aus der britischen Mandatszeit fest, die die Rechte der Palästinenser außer Kraft setzten. Den israelischen Palästinensern wurde schnell bewußt gemacht, daß sie Bürger zweiter Klasse waren.

Noch verheerender als das Militärregime wirkte sich das 1950 erlassene »Absentee Property Law« aus, das die Palästinenser zu »Anwesend/Abwesenden« erklärte, deren Besitz durch einen Vormund (Custodian of Absentee Property) verwaltet wurde, bevor es dann in jüdischen Privatbesitz oder Staatseigentum überging. Dieses Gesetz erlaubte dem Staat, sowohl Land von Palästinensern zu konfiszieren, die Israel verlassen hatten, als auch von jenen, die geblieben waren. Laut Schätzungen unterlag die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung Israels der Kategorie »abwesend«¹⁹. Bis 1953 wurden zirka 370 jüdische Siedlungen errichtet, davon 350 auf als verlassen deklariertem Land. Bis 1965 ermöglichten das Gesetz über die Abwesenheit sowie weitere Gesetze der israelischen Regierung, zirka drei Millionen Morgen palästinensischen Landes zu konfiszieren, 60 Prozent davon gehörten den »Anwesend/Abwesenden«. Einigen Palästinensern wurde nach dem Gesetz über Landerwerb

von 1953 eine Entschädigung angeboten. Diese Zahlungen waren aber so geringfügig, daß die meisten Palästinenser sie zurückwiesen; die Autonomiebehörde besteht weiterhin auf der Entschädigung der Flüchtlinge.

Die Verabschiedung des Rückkehrgesetzes aus dem Jahre 1950 und das Nationalitätengesetz von 1952 trugen gleichfalls zur Diskriminierung der Palästinenser bei. Durch die jordanische Annexion der Westbank und Ost-Jerusalems im Jahre 1949 schritt die Desintegration der Palästinenser weiter fort. Der Gaza-Streifen kam unter ägyptische Verwaltung.

2. Die Kriege Israels und der innenpolitische Wandel

In der westlichen Geschichtsschreibung, Publizistik und der Tagespresse werden die Nahostkriege überwiegend als reine Verteidigungskriege Israels gegen die aggressiven Araber dargestellt. Vor allem in den USA und in Deutschland dominiert diese einseitige Perspektive. In Wirklichkeit hatte Israel alle seine Kriege – mit Ausnahme des sogenannten Unabhängigkeitskriegs und des Yom-Kippur-Kriegs – bewußt geplant, wie neuere Veröffentlichungen u.a. von Morris, Pappe und Shlaim belegen und dabei stets auch imperiale Interessen verfolgt. Der israelische Wissenschaftler Israel Shahak vertritt sogar die These, sein Land verfolge hegemoniale Ziele im gesamten Nahen Osten.²⁰ Dieser expansionistische Charakter israelischer Politik zeigte sich bereits im Suezkrieg 1956.

Die Darstellung der Suezkrise und des Sinaifeldzuges 1956 bedarf einiger Korrekturen. Der ägyptische Staatschef Gamal Abdul Nasser war wohl Nationalist und Panarabist, aber kein Kriegstreiber und Antizionist. Nach seiner Machtübernahme ging es ihm primär darum, Ägypten zu modernisieren und den ausländischen Einfluß zurückzudrängen. Sichtbarstes Zeichen dafür war die Verstaatlichung des Suezkanals nach dem Abzug der britischen Truppen aus der Kanalzone. Im Februar 1955 griffen israelische Streitkräfte Siedlungen im Gaza-Streifen an. Zirka 40 Ägypter wurden getötet. Vom Gaza-Streifen aus hatten die Ägypter ihrerseits bis Ende 1956 immer wieder Israel angegriffen und über 430 Israelis getötet. Nasser bewertete das Palästinaproblem als einen internationalen Konflikt. Seiner Ansicht nach wollte ihn die britische Regierung durch die israelischen Angriffe zwingen, dem Bagdad-Pakt beizutreten. Nasser entschied sich für eine Politik, die auf eine friedliche Regelung der Palästinafrage durch die Vereinten Nationen hinauslief, und versuchte parallel dazu durch Mittelsmänner, einen Modus vivendi mit Israel zu erreichen. Nasser erklärte

später mehrfach, er habe keine kriegerischen Absichten gegen Israel gehegt, sondern lediglich den imperialistischen Zugriff der Westmächte auf die arabische Welt lockern wollen. Anstatt mit Ägypten einen Kompromiß zu suchen, entschied sich Ben-Gurion, mit den ehemaligen Kolonialmächten Frankreich und England, Nassers antikolonialistische Politik zu beenden. Er und Moshe Dayan planten den Krieg gegen den Widerstand Moshe Sharett's, dessen Rücktritt die Folge seiner Niederlage im Kabinett war. Mit ihm dankte die moderate Politik ab. Ziel dieses gemeinsamen Waffenganges war einerseits, das progressive ägyptische Regime zu stürzen und eine neue Ordnung zu errichten, andererseits sollte für Israel die Anerkennung durch die arabischen Staaten dabei herauspringen. Dieser Pakt Israels mit den imperialistischen Mächten Frankreich und Großbritannien diskreditierte das Land in der arabischen Welt völlig und trug nicht unwesentlich zur Radikalisierung der arabischen Staaten bei.

Am 29. Oktober 1956 begann der Sinaifeldzug. Äußerer Anlaß war die Blockade der Straße von Tiran am Ausgang des Golfes von Aqaba zum Roten Meer und die Sperrung des Suezkanals für israelische sowie nach Israel fahrende Schiffe. Zusammen mit Großbritannien und Frankreich griff Israel die ägyptischen Stellungen auf dem Sinai an; nach fünf Tagen war der Krieg beendet. Der Sinai und der Gaza-Streifen befanden sich in israelischer Hand, und die Zufahrt zum Hafen von Eilat war wieder frei. Der anfängliche militärische Erfolg wurde zu einer imageschädigenden Niederlage: Nachdem die Vereinten Nationen den Angriff scharf verurteilt hatten und die USA mit einem Waffenembargo drohten, zogen sich die israelischen, britischen und französischen Truppen aus den eroberten Gebieten zurück. Israel erhielt jedoch von den USA die Garantie, den Golf von Aqaba als ein internationales Gewässer zu betrachten, das alle Schiffe »frei und unbehelligt« passieren könnten; Sharm al-Sheikh wurde gegen den Widerstand Ägyptens unter UN-Kontrolle gestellt. Für Israel war dies ein diplomatischer Sieg, für die Araber hingegen eine militärische Niederlage. Die arabischen Nachbarn interpretierten den israelischen Angriff als Willen zur Expansion und als Bedrohung der eigenen Existenz, zumal in Israel der Ruf nach einem Eretz Israel vom Nil bis zum Euphrat immer lauter wurde. Für den Historiker Avi Shlaim war dies kein defensiver Krieg. »Er ist ein überzeugendes Beispiel, wie Geschichte für nationalistische Ziele manipuliert werden kann. Die offizielle israelische Version des Krieges von 1956 – ebenso des Krieges von 1948 – ist nichts mehr als die Propaganda des Siegers.«²¹ Auch Sharett schrieb in seinem Tagebuch, der Krieg gegen Ägypten habe bereits im Herbst 1953 auf der Tagesordnung der israelischen Politiker gestanden. Dies erklärt, warum Ben-Gurion den von Nasser auf der Bandung-Konferenz von 1955 angebotenen Friedensvertrag als »verschleierte

Denunziation« ablehnte. Am 23. Oktober 1956 reiste Ben-Gurion nach Paris, um ein Geheimabkommen über militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Großbritannien und Israel zu unterzeichnen. Die »Operation Kadesh« sollte Israel den Sinai eintragen, der nach Ansicht Ben-Gurions niemals Teil Ägyptens gewesen war.

Bei der Bewertung des Sechstagekrieges vom Juni 1967 gehen die Meinungen auseinander. Das Gros der Historiker in Deutschland vertritt die These, Israel habe einen Präventivkrieg geführt, doch sind in jüngster Zeit von der israelischen Regierung Dokumente zugänglich gemacht worden, die eher für die These eines bewußten israelischen Angriffskrieges sprechen. Daß der Staat von »angriffsbereiten arabischen Armeen eingekreist« war, gehört zu den Legenden, die sich um alle Kriege, die Israel geführt hat, ranken. Nach Aussagen israelischer Politiker und Militärs bestand für Israel damals keine akute Kriegsgefahr. Der damalige Stabschef Israels, Yitzhak Rabin, »glaubte nicht, daß Nasser Krieg wollte«. »Die zwei Divisionen, die er in den Sinai schickte, reichten für eine Offensive nicht aus. Dies wußten er und wir.« Und Abba Eban fügte hinzu: »Nasser wollte keinen Krieg, er wollte den Sieg ohne Krieg.« In seinen Memoiren gab Eban zu, daß Israel keiner tödlichen Gefahr ausgesetzt war, sondern sich die Lage mit jedem Tag besserte. Auch der General Matti Peled gestand 1972 ein, Israel habe sich seit 1949 niemals in einer »tödlichen Lage« befunden, so der Ex-General.²² In »Le Monde« vom 3. Juni 1972 erklärte er: »All jene Geschichten über die große Gefahr, der wir wegen unseres kleinen Gebietes ausgesetzt waren, kamen erst auf, als der Krieg zu Ende war, sie spielten in unseren Überlegungen vor Ausbruch der Feindseligkeiten keine Rolle. Vorzutäuschen, daß die ägyptische Armee, die an unserer Grenze stand, in der Lage gewesen wäre, die Existenz Israels zu gefährden, ist nicht nur eine Beleidigung für jeden, der die Lage analysiert, sondern ist primär eine Beleidigung der israelischen Armee.« Und Ezer Weizman, von Mai 1993 bis Juni 2000 Israels Präsident, behauptete in »Ha'aretz« vom 29. März 1972, »daß niemals die Gefahr einer Vernichtung bestand. Diese Möglichkeit wurde bei den Treffen niemals in Betracht gezogen.« Oder General Haim Barlev am 4. April 1972 in »Ma'ariv«: »Am Vorabend des Sechstagekrieges bestand niemals die Möglichkeit eines Genozids, und wir dachten niemals über eine solche Möglichkeit nach.« Der ehemalige Wohnungsbauminister Mordechai Bentov sagte dazu am 14. April 1971 in »Al-Hamishmar«: »Die ganze Geschichte der Gefahr einer Zerstörung wurde in jedem Detail im nachhinein erfunden und übertrieben, um die Annexion arabischen Landes zu rechtfertigen.« Yigal Allon gab zu, daß er und Begin »Jerusalem wollten«. Begin schrieb in der »New York Times« vom 21. August 1982: »Im Juni 1967 hatten wir wieder eine Gelegenheit. Die Truppenkonzentrationen der ägyptischen Armee im Sinai waren kein

Beweis dafür, daß Nasser bereit war, uns anzugreifen. Wir müssen uns gegenüber ehrlich sein. Wir beschlossen, ihn anzugreifen.« Und Luftwaffengeneral Mordechai Hod: »Sechzehn Jahre Planung gingen in diese entscheidenden achtzig Minuten ein. Wir lebten mit dem Plan, wir überschleifen den Plan, wir verzehrten den Plan. Ständig haben wir ihn perfektioniert.«

Warum entschieden sich die Israelis für einen Präventivschlag, obwohl keine »tödliche Gefahr« bestand? Die Generalität des Landes setzte sich damals massiv für einen Krieg ein. Es bot sich die Möglichkeit, »Jerusalem und die Westbank zu befreien«. Die CIA war Ende Mai 1967 davon überzeugt, daß Israel einen Krieg innerhalb weniger Tage beenden könne. Für den damaligen US-Verteidigungsminister Robert McNamara stellte sich nur die Frage, ob es fünf oder zehn Tage dauern würde, deshalb erhielt die israelische Regierung Anfang Juni grünes Licht von den USA für einen Angriff. Ihre Befürchtung, das Land könne wie 1956 die Früchte des Sieges nicht ernten, wurde vom Weißen Haus zerstreut. Um eine diplomatische Lösung des ägyptischen Vizepräsidenten in Washington zu vereiteln, führte die israelische Armee zwei Tage vor dem geplanten Besuch einen Präventivschlag gegen Ägypten durch. Die USA wollten durch die 15 Meilen vor der Küste vor Anker liegende »US Liberty« ermitteln, ob die Syrer auf dem Golan Truppen aufmarschieren ließen. Am 8. Juni griffen israelische Kampfflugzeuge das Spionageschiff an, um es zu versenken. Das gelang nicht, doch das Kommunikationszentrum wurde zerstört.

Beim Sechstagekrieg ließ sich Israel von ähnlichen Motiven wie bei der Suezkrise leiten. Primär wollte man das Zentrum des radikalen arabischen Nationalismus treffen, dabei sollte auch das Waffenlager des Regimes zerstört werden. Als drittes ging es darum, Syrien und Jordanien als Staaten zu zerschlagen. Israels übergeordnetes Ziel war es, jede Manifestation des arabischen Radikalismus zu vernichten und darüber hinaus Unabhängigkeit und Modernisierung möglichst lange zu verhindern. Israel ist in der Globalstrategie der USA die Rolle zugewiesen worden, jede Art von arabischem Nationalismus zu bekämpfen, wie Noam Chomsky in einem Interview mit dem Verfasser ausdrückte.²³

Auch der Angriff gegen Syrien und die Eroberung der Golan-Höhen wird gemeinhin mit dem Sicherheitsargument begründet, da die Syrer gelegentlich auf die zu ihren Füßen liegenden Kibbuzim geschossen hätten und deren Bewohner einige Nächte in Luftschutzbunkern verbringen mußten. Diese Vorstellung hat sich bis heute gehalten. Aber ein am 27. April 1997 veröffentlichtes Interview des Verteidigungsministers Moshe Dayan in »Yediot Aharonot«, das Dayan dem ehemaligen Journalisten von »Ha'aretz«, Rami Tal, am 22. November 1976 und 1. Januar 1977 gegeben hatte, offenbart die gleiche Motivationslage. Dayan berichtete,

am 8. Juni 1967 sei eine Delegation von Kibbuzmitgliedern nach Jerusalem gekommen, um die Regierung zum Angriff auf den Golan zu überreden. Dayans Antwort war, daß »die Syrer am vierten Tag des Krieges keine Gefahr für uns darstellten«. Die Zwischenfälle begannen zu 80 Prozent wie folgt: »Wir schickten einen Traktor aufs Feld, dorthin, wo man nichts tun konnte, in die demilitarisierte Zone. Wir wußten, daß die Syrer anfangen würden zu schießen. Wenn sie nicht schossen, sagten wir dem Fahrer, er solle weitermachen, bis es den Syrern zuviel wurde und sie zu schießen anfangen. Dann beschossen wir sie mit unserer Artillerie und später mit der Luftwaffe. So war es.« Dieses Spiel betrieben alle Kommandeure, auch Tzvi Tzur und Yitzhak Rabin. Nach dem Krieg von 1948 und den Waffenstillstandsabkommen habe Israel diese Linien nie als dauerhaft angesehen. »Wir dachten, ... wir könnten die Waffenstillstandslinien durch militärische Aktionen ändern, ohne einen Krieg zu führen; in anderen Worten: Wir dachten, wir könnten ein Stück Land an uns reißen und so lange daran festhalten, bis der Feind die Nase voll hat und sagt, behalte es. Sie mögen das von unserer Seite als naiv ansehen, aber Sie müssen bedenken, daß wir keinerlei Erfahrungen als Staat hatten.«

Entgegen Dayans Behauptung, auf den Golan-Höhen seien lediglich syrische Truppen stationiert, lebten dort damals zirka 120000 Syrer in 272 Städten und Dörfern. »Die Kibbuzniks sahen den guten Boden im Jordantal und am See Genezareth und träumten davon. Erinnern Sie sich, daß zur damaligen Zeit Ackerland einen unschätzbaren Wert darstellte. Bebaubarer Boden war das Wichtigste und Kostbarste.« Auf die Frage, ob die Kibbuzniks das Land wollten, antwortete Dayan: »Das sage ich nicht. Sicherlich wollten sie die Syrer nicht mehr sehen. Sie litten ja auch unter ihnen ... Die Syrer auf der anderen Seite waren Soldaten, die auf sie schossen, und dies mochten sie nicht. Ich kann Ihnen mit absoluter Sicherheit sagen, die Delegation, die Premierminister Eschkol überzeugen wollte, den Golan zu besetzen, dachte nicht an solche Dinge. Die dachten nur an das Land ... Ich sah sie und sprach mit ihnen. Die versuchten nicht einmal, ihr Verlangen nach dem Land zu verbergen. Das war, was sie bestimmte.« Von Beginn des Krieges an habe er gewußt, daß Israel zwar ein großes Gebiet erobern würde, um des Friedens willen aber das meiste wieder zurückgeben müsse. »Ich sah in die Augen eines Kibbuznik, und mir war klar, wenn wir den Golan erobern würden, würden sie anfangen, Land zu besetzen. Wenn es dort Siedlungen gibt, kannst du dich nicht zurückziehen. Das war unsere Stärke im Unabhängigkeitskrieg, aber es wird uns daran hindern, Frieden zu schließen.«²⁴ Dayan hielt die Entscheidung, jüdische Siedler um Moshe Levinger im Herzen von Hebron siedeln zu lassen, für ein »Desaster«, weil sie unüberwindliche Hindernisse für einen gerechten Frieden mit den Palästinensern darstellen.

Er sei nicht zurückgetreten, weil er geglaubt habe, die Siedler würden wieder abziehen. Daß sie bis heute dort lebten, sei die Schuld Yigal Allons. Schon aus Prinzip war Allon gegen alles, was von Dayan kam.

Für die arabische Welt bedeutete diese Niederlage eine Demütigung und die Fortsetzung der Katastrophe von 1948. Nach dem Sechstagekrieg mußten nochmals Hunderttausende Palästinenser fliehen, Enteignungen und Unrecht mehrten sich. Die vergessenen palästinensischen Flüchtlinge wurden zu einem Problem von globaler Dimension. Israel hatte trotz eines enormen Zugewinns an Territorium letztendlich einen »Pyrrhussieg« errungen, wie Dan Diner sagt. Dieser Sieg bildete zugleich die Grundlage für das Wiedererstarken der religiösen Kräfte in Israel. Der Nahostkonflikt, wie er sich bis heute darstellt, war geboren.

Der Sieg im Sechstagekrieg hatte auch eine religiöse Dimension, die sich für Israel zunehmend als existentielle Frage herauskristallisiert. Die Rechte in Israel bewertete den Sieg als

göttlichen Lohn für das jüdische Volk. Der Spiritus rector der religiös-nationalistischen Ideologie war der Rabbiner Zwi Jehuda Kook. Als er auf Wunsch der Soldaten zur Klagemauer gebracht wurde, erklärte er: »Wir geben hiermit dem Volke Israels und der gesamten Welt bekannt, daß wir in himmlischem Auftrag soeben zum heiligen Berg und in unsere heilige Stadt heimgekehrt sind. Wir werden sie nie wieder verlassen.« Aus dieser Sieges euphorie entwickelte sich die Ideologie des sogenannten Eretz Israel Haschlema (Groß-Israel-Ideologie), die das Land für heilig erklärte. Die Westbank wurde von den Nationalisten und Religiösen fortan nur noch Judäa und Samaria genannt. Ihr Einfluß hat mit der Regierungsübernahme Menachem Begins im Jahre 1977 enorm zugenommen. Dieses ideologische Umfeld beeinflusste auch den Mörder des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin.

Nach dem Krieg kam die israelische Regierung nicht auf das Junktim zurück, die Gebiete als Faustpfand für eventuelle Friedensverhandlungen einsetzen zu wollen. Ägypten und Jordanien bemühten sich um eine friedliche Beilegung. Alle Verhandlungen waren blockiert, nachdem die arabischen Länder bei ihrem Treffen im August 1967 in Khartum die drei »Nein« beschlossen: Nein zum Frieden mit Israel; Nein zu Verhandlungen und Nein zur Anerkennung des Landes. Die PLO-Rhetorik von der Vernichtung des »zionistischen Gebildes« schadete der palästinensischen und arabischen Sache, wurde sie doch von Israel immer wieder geschickt als Begründung für seine Verweigerungshaltung instrumentalisiert.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 22. November 1967 die Resolution 242, die Israel zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten aufforderte. Ebenfalls wurde in 242 allen beteiligten Staaten ihr Existenzrecht in gesicherten Grenzen garantiert. Die israelische Regierung versuchte, die Bedeutung und die Konsequenz der Resolution durch eine geschickte Interpretation zu relativieren. So konstruierte sie einen Gegensatz zwischen dem englischen und dem französischen Text. Im englischen Text steht »Rückzug aus besetzten Gebieten«, im französischen dagegen »Rückzug aus den besetzten Gebieten«. Alle anderen offiziellen Übersetzungen sprechen unzweideutig von »den besetzten Gebieten«, aus denen sich Israel gemäß Völkerrecht zurückziehen müsse.

Die israelische Regierung führte drei Argumente für die Beibehaltung des Status quo ins Feld: Israel benötige aus Sicherheitsgründen strategische Tiefe, aus den besetzten Gebieten wolle man wirtschaftlichen Nutzen ziehen, und aus ideologischer Sicht sei die Westbank historischer jüdischer Boden, auf dem die Juden siedeln müßten.

Die im Sechstagekrieg erlittene Demütigung der Araber, die Weigerung Israels, sich auf die Grenzen von 1967 zurückzuziehen, sowie die Terroranschläge und Flugzeugentführungen der PLO hatten einen neuen Waffengang zwischen den verfeindeten Parteien vorprogrammiert. Am 6. Oktober 1973, dem Jom-Kippur-Tag (Versöhnungstag) – dem höchsten Feiertag des Judentums –, überfielen Ägypten und Syrien in einer koordinierten Aktion Israel. Trotz der Anfangserfolge der arabischen Streitkräfte gelang es den israelischen Truppen, auf ägyptisches Gebiet jenseits des Suezkanals und bis 32 Kilometer vor Damaskus vorzudringen. Nach Drohungen von seiten der Sowjetunion, Atomwaffen einzusetzen, erzwang der amerikanische Außenminister Henry Kissinger am 24. Oktober 1973 von den Israelis einen Waffenstillstand. Die Verhandlungen darüber begannen am 11. November 1973 bei Kilometerstein 101 in Ägypten. Dieser Krieg leitete nicht nur eine Wende im Verhältnis der arabischen Staaten zu Israel ein, sondern stellte auch den Unbesiegbarkheitsmythos der israelischen Armee in Frage. Der UN-Sicherheitsrat rief in seiner Resolution 338 die Konfliktparteien auf, im Rahmen der UN-Resolution 242 einen gerechten und dauerhaften Frieden herbeizuführen. Flankiert wurden diese Maßnahmen von der Verhängung eines Erdölembargos am 16. Oktober 1973 gegen israelfreundliche Staaten.

Trotz des Sieges konnte nichts darüber hinwegtäuschen, daß die israelische Regierung versagt hatte. Nachdem eine Untersuchungskommission der Regierung die Schuld für die schlechte Vorbereitung auf diesen Angriff zugewiesen hatte, traten Ministerpräsidentin Golda Meir und Verteidigungsminister Moshe Dayan zurück. Sie wurden durch Yitzhak Rabin und Shimon

Peres ersetzt. Die jüngere Garde der Arbeitspartei konnte jedoch den Niedergang der Partei nicht mehr aufhalten. Mehrere Skandale und interne Parteikrisen führten zum Sieg des national-konservativen Likud-Blocks bei den Parlamentswahlen im Mai 1977.

Die Wahl des national-konservativen Menachem Begin zum Ministerpräsidenten sollte Israel stärker verändern als 30 Jahre Regierungszeit der Arbeitspartei. Der ehemalige Kommandeur der Untergrundbewegung Ezel und Gründer der Cherut-Partei, Begin, ernannte – zur Überraschung aller – Moshe Dayan zum Außenminister und beteuerte seinen Friedenswillen. Begin stellte in seiner Regierungserklärung klar, daß es für ihn kein Palästina, sondern nur Eretz Israel gab. Es reiche vom Mittelmeer bis zum Jordan. Durch eine intensive Siedlungspolitik in allen Teilen Eretz Israels wollte er den Bewohnern von Judäa, Samaria und Gaza den Weg in die Eigenstaatlichkeit verbauen. Für ihn als Revisionisten galt das Überlebensrecht der Juden mehr als das Heimatrecht der Palästinenser.

Die Siedlungspolitik wurde zu einem Hauptanliegen seiner Regierung, die eng mit dem Gush Emunim (Block der Getreuen), einer 1974 gegründeten nationalistisch-religiösen Siedlerbewegung, kooperierte bzw. konkurrierte. Der harte Kern der Gush-Emunim-Siedler ist von Feindschaft gegenüber den Arabern beseelt. Sie vertreten die Groß-Israel-Ideologie und lehnen jeden Kompromiß mit den Palästinensern ab. Ihre Siedlungen wurden schnell zu Zentren der extremen Rechten, die sich auf zwei ideologische Pfeiler stützt – auf einen fremdenfeindlichen, gegen die Gojim (Nichtjuden) im allgemeinen und die Araber im besonderen gerichteten Nationalismus sowie auf einen religiösen Mystizismus. Zu den Gallionsfiguren des Gush gehörten von der ersten Stunde an der Rabbiner Moshe Levinger und der verstorbene Umweltminister Zevulun Hammer. Ihr Spiritus rector war kein Geringerer als Zwi Jehuda Kook, der die Siedlungspolitik durch seine Groß-Israel-Ideologie rechtfertigte.

Mit »religiösen Rechtstiteln« ausgestattet, siedelten sie gemäß dem Sharon-Plan auch im Kernland der Palästinenser. Dieser Plan sah die Einteilung der Westbank in sieben und des Gaza-Streifens in vier palästinensische Enklaven vor, die unter der Oberhoheit Israels stehen sollten. Es war beabsichtigt, einen Keil in Wohngebiete der Palästinenser zu treiben. Kein arabisches Siedlungsgebiet sollte mehr als 100000 Einwohner zählen. Den Palästinensern wollte man nicht mehr als 15 Prozent des besetzten Territoriums als Wohngebiete zugestehen. Durch paramilitärische, national-religiöse und Vorstadtsiedlungen hat Israel Tatsachen geschaffen, die eine Rückgabe der besetzten Gebiete im Gaza-Streifen und der Westbank

unmöglich machen. Die augenblickliche Politik von Ministerpräsident Sharon zielt auf die Erreichung dieser über 20 Jahre alten Ideen.

Moshe Dayan hatte das Amt des Außenministers in Begin's Regierung nur angenommen, weil ihm zugesichert worden war, eine Friedensinitiative durchführen zu können. Dayan traf sich im Oktober 1977 mit König Hussein von Jordanien in London. 1977 kam es auch zu einem geheimen Treffen zwischen dem ägyptischen Vizepremierminister Hassan al-Tuhami und Dayan in Marokko. Ägyptens Staatspräsident Anwar al-Sadat besuchte am 19. November 1977 Jerusalem und hielt in der Knesset eine Rede. Darin hob er drei Punkte hervor:

- Es kann keinen Separatfrieden zwischen Israel und Ägypten geben.
- Israel muß alle im Krieg von 1967 eroberten Gebiete räumen.
- Das Hauptproblem sind die Palästinenser. Ohne eine gerechte Lösung dieses Problems wird es keinen Frieden im Nahen Osten geben.

Im September 1978 schlossen Israel und Ägypten in Camp David/USA ein Rahmenabkommen, das am 26. Mai 1979 in Washington feierlich unterzeichnet wurde. In ihm hieß es u.a.: »Der Frieden erfordert die Respektierung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit aller Staaten in dem Gebiet und ihr Recht, in Frieden innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen ohne Bedrohung oder Gewaltanwendung zu leben.« Über die Palästinenser findet sich folgende diplomatische Anmerkung: »Das Ergebnis der Verhandlungen muß auch die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seine gerechtfertigten Bedürfnisse anerkennen.« Israel zog sich in zwei Etappen aus dem Sinai zurück. Es verließ die Stadt Jamit und zwanzig weitere Siedlungen. Die Palästinenser sowie die Staaten Syrien, Libyen und Algerien lehnten den Vertrag ab.

Der Journalist Adel S. Elias bewertet den Verhandlungserfolg Israels von 1979 wie folgt: »Es ist die große Tragik der Palästinenser und eine perfide Ironie des Schicksals, daß ausgerechnet das arabische Ägypten der zionistischen Ideologie und ihrer Arroganz der Macht zu solch einem überwältigenden Triumph verhalf.«²⁵ Schon im Camp David-Vertrag war Israel lediglich bereit, der Bevölkerung der Westbank und des Gaza-Streifens eine eingeschränkte Autonomie zu gewähren. Von Souveränität oder sogar einem eigenen Staat der Palästinenser wollte Israel weder damals noch heute etwas wissen. »Wir haben ein Recht und eine

Forderung auf Souveränität über diese Gebiete von Eretz Israel. Dies ist unser Land, es gehört rechtmäßig der jüdischen Nation«, so Begin.

Als Ronald Reagan den glücklosen Jimmy Carter als US-Präsident 1980 ablöste, wurde der Nahostkonflikt in das Ost-West-Schema gepreßt. Reagan und sein Außenminister Alexander Haig waren glühende Antikommunisten. Folgerichtig ließen sie sich von Begin und Ariel Sharon für eine proisraelische Politik einspannen. Die geplante Invasion im Libanon im Jahre 1982 deklarierte die israelische Regierung als Krieg gegen die »kommunistische« PLO und die »kommunistischen« Linkskräfte des Landes. Sie hoffte, die PLO und den libanesischen Staat gegeneinander aufzubringen und einer ihr genehmen Regierung in Beirut eine »neue Ordnung« aufzuzwingen. Unter der Parole »Frieden für Galiläa« begann Sharon im Juni 1982 trotz internationaler Mißbilligung einen großangelegten Feldzug gegen die PLO im Libanon. Nach zweimonatiger Belagerung und Bombardierung des islamischen Westteils der libanesischen Hauptstadt Beirut zog die PLO-Führung mit dem Großteil ihrer Truppen nach UN-Vermittlung aus dem Libanon ab; die Kämpfer wurden auf mehrere arabische Länder verteilt. Arafat errichtete in Tunis sein neues Hauptquartier. Wenig später verübten christliche Milizen in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila Massaker, bei dem 700 Menschen umgebracht wurden. Die israelischen Besatzungstruppen unternahmen nichts zu deren Verhinderung. Insgesamt starben in diesem Krieg 17824 Menschen, hauptsächlich Zivilisten. Dieser bewußt geplante Krieg führte zur größten Antikriegsdemonstration in Israel. 400000 Menschen stellten sich gegen die eigene Regierung, die die Massaker an den Palästinensern zugelassen hatte.

Präsident Reagan verkündete am 1. September 1982 einen Nahostplan, der den Abzug aller fremden Truppen aus dem Libanon und eine palästinensische Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten in Kooperation mit Jordanien vorsah. Dies wurde aber von Begin schroff abgelehnt. Vor der Weltöffentlichkeit verlor Israel wegen seiner rücksichtslosen Kriegsführung weiter an Ansehen, während die PLO aus der militärischen Niederlage politisch gestärkt hervorging.

Kurz nach der Verkündigung des Nahostplans entsandten die USA sogenannte Friedenstruppen in den Libanon. Sie nahmen zunächst von See aus die Dörfer der Drusen im Schuf-Gebirge unter Beschuß. Die Drusen und Schiiten betrachteten die Amerikaner als Helfershelfer der Israelis und als Feinde der Libanesen. Im Oktober 1982 kamen durch ein libanesisches Selbstmordkommando 241 US-Soldaten und 58 Franzosen ums Leben. Auch die Israelis mußten hohe Verluste hinnehmen.

Eine israelische Untersuchungskommission befand Verteidigungsminister Sharon als Hauptschuldigen. Er mußte daraufhin zurücktreten, gehörte jedoch dem Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich weiterhin an. Damaliger Generalstabschef war Raphael Eitan. Beide, Sharon, heute Ministerpräsident, und Eitan waren Minister in der Regierung von Benjamin Netanyahu. Begin trat am 30. August 1983 resigniert vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Nach dem Tode seiner Frau 1982 war er nicht mehr »der alte«. Immer öfter mußte er zu starken Medikamenten greifen, so daß er zeitweise regierungsunfähig war. Sein Nachfolger wurde Yitzhak Shamir. Im September 1984 bildeten Likud und Arbeitspartei eine Regierung der Nationalen Einheit. Shimon Peres wurde Ministerpräsident.

Im Laufe des Jahres 1985 zogen sich die israelischen Truppen aus dem Libanon zurück, errichteten aber im Süden des Landes eine 14 Kilometer breite sogenannte Sicherheitszone, die durch die Südlibanesische Armee (SLA) kontrolliert wurde. Diese »Sicherheitszone« hat Israel keine Sicherheit gebracht. Im Gegenteil: Der Beschuß von Nordisrael konnte nicht unterbunden werden, 1232 israelische Soldaten starben, 688 nach Errichtung der Sicherheitszone. Die israelischen Fehlschläge sind zum Teil wahrscheinlich auf die Doppelrolle zurückzuführen, die SLA-Milizionäre spielten.

Der vereinte Kampf der USA und Israels gegen den vermeintlichen »Kommunismus« bewirkte, daß die sich bisher bekämpfenden Gruppen im Libanon zusammenrückten. Im Jahre 1985 schlossen sich mehrere Parteien in der Nationalen Demokratischen Front zusammen (seit 1987 Einigungs- und Befreiungsfront). Drusen, Schiiten und Palästinenser waren wegen des äußeren Drucks gezwungen, sich enger an Syrien anzulehnen. Die Hisbollah (Partei Gottes) führte wegen der völkerrechtswidrigen Besetzung ihres Landes einen Befreiungskrieg gegen Israel. Dabei konnten sich die schiitischen »Gotteskrieger« auch auf die ideelle Unterstützung der christlichen Libanesen verlassen. Die Hauptlast des militärischen Widerstandes trugen aber die schiitischen Milizen. Sie griffen nach 1985 die israelischen Besatzungstruppen und ihre christlichen Kollaborateure von der SLA immer wieder in der Sicherheitszone an. Israel antwortete darauf mit massiven Vergeltungsschlägen.

Einige dieser Aktionen glichen Kurzkriegen, so die Invasion im Juli 1993, als die israelische Armee mehr als 500000 Libanesen in Richtung Beirut vertrieb, und die Vergeltungsaktion vom April 1996, die Shimon Peres letztlich den Wahlsieg kostete; sie endete mit der Tötung von 120 Frauen und Kindern in einem UN-Stützpunkt in Kana. Diese Aktionen zeigten der Öffentlichkeit, daß der Befreiungskampf der Hisbollah nicht mit »Terrorismus« gleichgesetzt werden kann. Nach den Debakeln und den hohen Verlusten der israelischen Armee im

Libanon mehrten sich in Israel Stimmen, die für einen einseitigen Abzug plädierten. Die »Bewegung der Vier Mütter« hat Proteste initiiert, die auf die Verantwortung der eigenen Regierung hinwiesen. Die »Sicherheitszone« mutierte mehr und mehr zu einem neuem »Gaza«. Die israelischen Truppen zogen sich im Mai 2000 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion überhastet aus dem Libanon zurück. Der Abzug war ähnlich demütigend wie der Rückzug der USA aus Vietnam.

3. Der Kampf der Palästinenser um einen eigenen Staat

Die »zionistische Landnahme« und in deren Folge die militärischen Auseinandersetzungen zwischen Juden und palästinensischen Arabern führten zur Vertreibung und zur Flucht von mehr als 700000 Palästinensern. Die Vereinten Nationen versorgten die Flüchtlinge durch die UNRWA. Das Schicksal der Flüchtlinge war bald in Vergessenheit geraten. Erst mit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) am 16. Juni 1964 in Kairo wurden die Interessen der Palästinenser wieder ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gerückt. Viele Beobachter, insbesondere im Westen, sahen in der PLO über Jahrzehnte nur eine Terrororganisation. Für die Palästinenser ist die PLO eine nationale Befreiungsbewegung. Sie wollte die in viele Länder zerstreuten Palästinenser zusammenführen, was auch gelang, und wurde zur institutionellen Verkörperung des palästinensischen Nationalismus und Selbstbewußtseins. Die USA und Israel lehnen bis heute das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und einen eigenen Staat für sie ab. Beide Staaten votierten schon deshalb gegen die PLO, weil sie das Symbol des palästinensischen Nationalismus war und ist. Der Kampf der PLO gegen Israel war von Anfang an von einer gewissen Kompromißlosigkeit gekennzeichnet. Es war eine Art »Nullsummenspiel«, bei dem der Gewinn des einen zu Lasten des anderen ging. Grundlage dieser Konfrontationsstrategie war die Palästinensische Nationalcharta von 1968, in der die PLO dem Staat Israel das Existenzrecht in Palästina absprach.

Das Selbstbewußtsein der Palästinenser nahm einen enormen Aufschwung durch die Schlacht bei Karameh – einem jordanischen Dorf – im März 1968. Damals fügten die Palästinenser den Israelis im Kampf schwere Verluste zu. 124 Fedajin (Die sich selbst aufopfern) und 32 israelische Soldaten wurden getötet. Der »psychologische Sieg« hatte interne und organisatorische Konsequenzen. So mußte am 24. Dezember 1968 Achmed Shukairi als

Vorsitzender der PLO zurücktreten. Vorübergehend übernahm Jahija Hammuda den Vorsitz des Exekutivkomitees, im Februar 1969 wurde er von Yassir Arafat als Vorsitzender abgelöst.

Unter dem Dach der PLO organisierten sich zahlreiche Gruppierungen, die in einer Art Volksbefreiungskrieg gegen die israelische Armee kämpften. Diese Strategie konnte in den besetzten Gebieten nicht lange aufrechterhalten werden, und so mußten die Fedajin in benachbarte Länder ausweichen. Es wurde schnell deutlich, daß die von der al-Fatah geführte PLO nicht alle Verbände unter Kontrolle hatte. Mitte 1969 spaltete sich die »Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas« (DFLP) unter Naif Hawatmeh von der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) des George Habash ab. Die palästinensischen Fadajin etablierten sich in Jordanien zu einer Macht, die König Hussein offen herausforderte. Seine Soldaten gingen im berühmt-berüchtigten »Schwarzen-September-Massaker« gnadenlos gegen die Fedajin vor. Bei dieser »Abrechnungssorgie« fielen 3000 PLO-Kämpfer. Weil danach die Aktionen der DFLP und PFLP weitergingen, wurden die PLO-Milizen im Juli 1971 völlig zerschlagen und aus Jordanien vertrieben. Sie hatten damit ihre wichtigste Basis im Kampf gegen Israel eingebüßt.

Bis zu ihrer Vertreibung aus dem Libanon im Jahre 1982 versuchte die PLO das »zionistische Gebilde« vor allem durch Terroranschläge gegen jüdische Einrichtungen sowie Juden in Israel und in anderen Ländern, so auch in Deutschland (während der Olympischen Spiele 1972 in München; die Entführung der Lufthansa-Maschine »Landshut« nach Mogadischu), zu zerstören. Die Strategie der Gewalt hat den Interessen der Palästinenser und dem Ansehen der Araber im allgemeinen im Westen enorm geschadet und das »Feindbild Islam« neu belebt.

Daneben setzte die PLO auch auf diplomatische Initiativen. Am 13. November 1974 sprach Arafat vor der UN-Vollversammlung in New York. Die Weltorganisation mußte für seine palästina-Debatte vom 13.–15. Dezember 1988 nach Genf umziehen, da der PLO-Vorsitzende kein Visum für die USA erhielt. Die Rede brachte der PLO einen beachtlichen Prestigegewinn, denn die diplomatische Anerkennung erfolgte umgehend. Die arabischen Staaten erkannten die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die Strategie von Terror und Diplomatie schien Früchte zu tragen. Am 7. August 1981 nahm die Arabische Liga mit überwältigender Mehrheit den Plan des saudiarabischen Königs Fahd an, »Land gegen Frieden« zu tauschen.

Spätestens seit der Vertreibung der PLO aus dem Libanon 1982 war auch dem letzten Palästinenser klar, daß die Lösung des Konfliktes nur in einer Zweistaatenlösung liegen

könne, da ein binationaler Staat, wie vernünftig und »preiswert« er auch wäre, für Israel nicht in Frage käme. Die Befreiung Palästinas blieb auch nach ihrer Ausweisung aus Beirut das erklärte Ziel der PLO. Von den USA und Israel wurde dies als puren Terrorismus denunziert. Alle Widerstandsakte der PLO nach der Libanoninvasion hat die Regierung Begin als Terrorismus diskriminiert. Die massive Gewalt des israelischen Staates gegen unbeteiligte Zivilisten im Libanon oder in den besetzten Gebieten wurde dagegen nicht verurteilt oder gar als »Terror« bezeichnet.

Bis Mitte der siebziger Jahre konnte Israel das Image einer »liberalen Besatzungsmacht« aufrechterhalten. Die Politik von Verteidigungsminister Moshe Dayan zielte darauf ab, den Palästinensern, soweit es möglich war, die Fortsetzung ihres früheren Lebens zu gestatten. Reibungen und Konflikte sollten vermieden werden. Widerstand wurde jedoch auf das schärfste unterdrückt. Dayans Politik schien aufzugehen. Es gab keinen nennenswerten Widerstand in den palästinensischen Zentren, ökonomisch ging es den Menschen gut, und die wenigen jüdischen Siedlungen waren weitab. Mit der Regierungsübernahme durch den Likud-Block 1977 änderte sich nicht nur der Stil der Besetzung, sondern auch die Stimmung der Bevölkerung.

Die völkerrechtswidrigen Landenteignungen und der systematische Straßenbau dokumentierten Israels Absicht, die Gebiete auf Dauer zu behalten. Ein Vertreter der Militärregierung gab 1980 freimütig zu, daß er nicht an der Verbesserung der Lage der Palästinenser interessiert sei, sondern an deren Auswanderung. Die Politik der Nichteinmischung wurde zugunsten einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie aufgegeben, d.h., Nationalisten wurden bestraft, Kooperationswillige belohnt. Die palästinensischen Selbstverwaltungsstrukturen wurden systematisch zerschlagen. So wurden alle 1976 gewählten Bürgermeister abgesetzt. Die Bevölkerung war der Willkür der Militärbehörden ausgeliefert, die jeden Bittgang zu einem Spießrutenlaufen werden ließ. Diese Erniedrigungen, Demütigungen und Repressionen durch die Israelis waren die Ursache für die am 9. Dezember 1987 ausgebrochene Intifada (Abschüttelung), des Aufstandes der Palästinenser gegen die israelische Besetzung.

Die Intifada war kein ferngesteuertes Unternehmen aus Tunis oder Damaskus. Die PLO und alle internationalen Experten sind von ihr überrascht worden. Weder die Erschießung zweier palästinensischer Studenten in der Bir-Zeit-Universität im Dezember 1986 noch die Kamikaze-Aktion eines Aktivisten des PFLP-Generalkommandos vom 25. November 1987, bei der sechs israelische Soldaten in Galiläa getötet wurden, kann als auslösendes Moment

angesehen werden, da diese Aktionen keinerlei sichtbare Wirkungen in den besetzten Gebieten hatten. Die Intifada begann als spontane Reaktion eines unterdrückten Volkes. Not, Angst vor Deportationen, Landenteignungen, aggressives Siedlerverhalten, Verzweiflung über den Lagerkrieg, den die Palästinenser im Libanon führten, und Haß auf die Besatzer machten den Palästinensern das Leben immer unerträglicher. Sie spürten, daß sie nichts zu verlieren hatten als ihre Unterdrückung und Erniedrigung.

Am 8. Dezember 1987 raste ein israelischer Militärtransporter zwischen Israel und dem Gaza-Streifen in einige arabische Autos. Vier Arbeiter wurden getötet, einige schwer verletzt. Drei der Getöteten stammten aus Jabalia, dem größten Flüchtlingslager des Gaza-Streifens. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich bei diesem Verkehrsunfall um einen Racheakt für die Ermordung des israelischen Geschäftsmannes Shlomo Tahal durch die Terrorereinheit »Force 17« am 6. Dezember im Gaza-Streifen handelte. Die Beerdigung der drei Palästinenser am 9. Dezember geriet zu einer riesigen Demonstration gegen die Besetzung. Am nächsten Tag wurde in Jabalia der 15jährige Hattem as-Sissi durch Herzschuß getötet. Der Aufstand hatte einen ersten »Märtyrer«.

Daraufhin weiteten sich die Proteste zuerst auf die anderen Flüchtlingslager, später auf die größeren Städte der Westbank aus. Es handelte sich überall nur um Demonstrationen. »Wenn die Armee nicht eingegriffen hätte, wäre weiter nichts passiert«, so der Wissenschaftler Alexander Flores²⁶. Ihre Aktionen waren hilflos und außerordentlich brutal. Die israelische Regierung war zu einer politischen Antwort nicht fähig. Statt dessen ließ sie Tränengas, Gummigeschosse, Schlagstöcke und scharfe Munition einsetzen. Ein »Befehl« des damaligen Verteidigungsministers Yitzhak Rabin wird mit den Worten zitiert: »Brecht ihnen die Knochen.« Bereits nach einigen Tagen hatte der Aufstand weitere »Märtyrer«. Die als Abschreckung der Palästinenser gedachten Maßnahmen führten zu einer Eskalation der Gewalt. Innerhalb weniger Tage weitete sich der Aufstand auf den gesamten Gaza-Streifen und einige Flüchtlingslager der Westbank aus. Nach zwei Wochen stellte sich die Fatah-PLO mit ihrer Jugendorganisation Schabiba an die Spitze des Aufstandes. Vier Gruppen der PLO bildeten die »Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes« (VNFA), die im Januar 1988 zu einem totalen Volkskrieg aufrief. Dieser sollte nicht mit Feuerwaffen, sondern mit einem »Hagel von Steinen, Molotowcocktails und Eisenstangen« ausgetragen werden. Ziviler Ungehorsam gegen die Besatzer, Aufbau einer eigenen politischen, sozialen und ökonomischen Infrastruktur und Boykott der israelische Wirtschaft sollten weitere Aktivitäten auf dem Weg der Befreiung aus der Abhängigkeit von Israel sein.

Die Intifada war für den Staat Israel und seine Armee die bis dahin größte politische und militärische Herausforderung. Die Identitätskrise der Armee, die mit dem Desaster im Libanon begann, verstärkte sich durch die Intifada. Das Vorgehen der Armee gegen unbewaffnete Zivilisten trug nicht nur zur Entfremdung zwischen Bevölkerung und Armee bei, sondern verstärkte die Identitätskrise der Armee und ließ die Moral in der Truppe erodieren. Bis heute ist der Desintegrationsprozeß der Streitkräfte weiter vorangeschritten. Selbstmorde, Drogenmißbrauch, Wehrdienstverweigerung und Gesetzesverstöße nehmen zu. Die Selbstmorde übersteigen in einigen Jahren die Zahl der Toten, die im Kampf gefallen sind. Immer öfter verweigern Reservisten ihren Dienst in den besetzten Gebieten.

Bei ihrem Ausbruch war die Intifada eine Volkserhebung. Mit ihr wurde der Versuch unternommen, die besetzten Gebiete soweit wie möglich von Israel abzukoppeln und sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen, die Bevölkerung zu mobilisieren und auf einen langfristigen Widerstand vorzubereiten.

Die Intifada konnte beträchtliche Anfangserfolge verbuchen: Mit dem Boykott israelischer Waren, dem Rücktritt der palästinensischen Polizisten und Steuereintreiber sowie der Zerstörung des Kollaborateur- und Spitzelnetzes wurde eine graduelle Loslösung von Israel erreicht. Zugleich hat sie allen beteiligten Konfliktparteien geschadet: den Palästinensern mehr, den Israelis weniger. Israel erlitt erhebliche ökonomische Einbußen. Das Leben der Palästinenser hat sich durch die Intifada tiefgreifend verändert: Zum einen verschlechterte sich ihr Lebensstandard, zum anderen stärkte der Aufstand ihr National- und Selbstbewußtsein. Die Palästinenser waren zunächst voller Hoffnung, weil sie dachten, der Aufstand führe zu einem eigenen Staat. Der einzige Erfolg, den die Intifada langfristig brachte, war die Zerstörung des Mythos von einem belagerten und bedrohten Israel, das immer Opfer der Aggression seiner Nachbarn gewesen sein soll. Es hatte ein Rollentausch stattgefunden. Aus dem kleinen David von 1967 war 1988 ein hochgerüsteter Goliath geworden, dem der David mit Steinen gegenüberstand. Israels Rolle wandelte sich in der Öffentlichkeit vom »Opfer« zum Schuldigen. Auf das Selbstbewußtsein der Israelis wirkte sich die Intifada verheerend aus. Sie versuchten, den Aufstand als Krieg zu rationalisieren, um so die Tötung und das Zusammenschlagen so vieler unschuldiger Zivilisten vor sich selbst und der Welt zu »erklären«. Die israelische Kriegsmaschinerie entpuppte sich gegenüber gewaltfreiem Widerstand als völlig hilflos. Israel wurde bewußt, wo die »ethischen Grenzen« der Gewaltanwendung verliefen. Trotz dieses Imagegewinns für die Palästinenser ist die

Intifada gescheitert, weil es nicht gelang, die palästinensischen Institutionen zu transformieren.

Selbst das brutale Vorgehen der israelischen Armee vermochte den Aufstand lange Zeit nicht niederzuschlagen. Im August 1988 ergriff die Regierung wieder die Initiative und stellte die Mitgliedschaft in den Komitees, die den organisatorischen Aufbau voranbringen sollten, unter Strafe; damit traf sie den Lebensnerv der Intifada. Just in diesem Augenblick verzichtete König Hussein von Jordanien am 31. Juli 1988 auf die Westbank. Unter dem Druck der Intifada bekannte sich die PLO öffentlich zum Zwei-Staaten-Modell.

Am 15. November 1988 proklamierte der »Palästinensische Nationalrat« in Algerien einen unabhängigen Staat »Palästina«. Weil die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten ihm die Anerkennung verweigerten, blieb dem »Phantomstaat« der diplomatische Durchbruch versagt. Mit diesem Akt erkannte die PLO auch die UN-Resolutionen 242 und 338 an und sprach sich für die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf der Grundlage des Völkerrechts aus. Dem Terror als Mittel der Politik wurde abgeschworen, das Existenzrecht Israels in den Grenzen von 1948 damit indirekt anerkannt. Die Palästinenser waren also zur friedlichen Koexistenz mit Israel bereit. Die internationale Staatengemeinschaft begrüßte die Entscheidung. Die israelische Regierung wollte sich jedoch von der »Terrororganisation PLO« nicht anerkennen lassen, hätte sie sich doch somit eines allzeit nützlichen Propagandainstrumentes entledigt. Sie hatte zu diesem Zeitpunkt kein Interesse, mit der PLO in Verhandlungen über die Rückgabe der besetzten Gebiete einzutreten. Die Erklärung wurde als taktischer Schachzug deklariert, der das alte Ziel – die Zerstörung Israels – nur verschleierte. Die Regierung unter Yitzhak Shamir, der auch die Arbeitspartei angehörte, bot den Palästinensern in ihrer Friedensinitiative freie Wahlen und eine beschränkte Autonomie an, was die Palästinenser jedoch ablehnten.

Im Kontext der Intifada erwachsen Israel zwei noch gefährlichere Gegner, als die PLO es jemals gewesen ist, und zwar die Hamas (Bewegung Islamischer Widerstand) und der Islamische Heilige Krieg. Die israelische Regierung hatte die Hamas als Gegengewicht zur PLO im Gaza-Streifen ideell und materiell gefördert; daß so der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden sollte, erkannte Israel erst, als es bereits zu spät war. Die Erfolge der Islamisten sind die Quittung für das politische, wirtschaftliche und moralische Versagen der alten Eliten. Wer ist diese Hamas?

Hamas versteht sich nach ihrer Charta vom August 1988 als ein »Flügel der Muslimbruderschaft in Palästina«. Die Muslimbrüder lehnten den bewaffneten Kampf ab und spielten anfangs eine positive Rolle, da sie eine soziale und religiöse Infrastruktur aufbauten. Erst im Laufe der Intifada radikalisierten sich wesentliche Teile der Muslimbrüder und gründeten unter Scheich Achmad Yasin die Hamas. In ihrer Charta spricht sich die Organisation für einen »Heiligen Krieg« gegen die »zionistische Invasion« (Artikel 7) und ein einheitliches islamisches Palästina (Artikel 11), zu dem auch Israel gehöre, aus. Damit stellt Hamas implizit Israels Existenzrecht in Frage. Der Islamische Heilige Krieg ist eine radikalere Variante von Hamas; er ist aus einer Abspaltung hervorgegangen. Die Organisation operiert in Form kleiner Zellen, die unabhängig voneinander handeln. Beide, Hamas und Islamischer Heiliger Krieg, sind für zahlreiche Terroranschläge in Israel verantwortlich, bei denen unschuldige Israelis ums Leben kamen. Beide Organisationen lehnen das aus dem Westen importierte Gesellschaftssystem ab. Sie wollen ein System errichten, das auf der Scharia, dem islamischen Recht, basiert. Nach ihren Vorstellungen hat die Demokratie keine Grundlage im Koran. Im Gegenteil: Sie widerspreche der einzig legitimen Souveränität, und zwar derjenigen Allahs. Unterstützt werden sie durch Spenden von Palästinensern aus den USA und Europa sowie von Saudi-Arabien. Daß der Iran diese Organisationen finanziell aushält, trifft in dieser Pauschalität nicht zu.

Vom Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1990 und dem Aufstieg der USA zur einzigen Weltmacht blieb auch der Nahe Osten nicht unberührt. Die Palästinenser unter Arafats Führung setzten im Zweiten Golfkrieg in Verkennung der machtpolitischen Verhältnisse auf den Diktator Saddam Hussein. Als die Palästinenser die von Bagdad auf Israel abgeschossenen Scud-Raketen bejubelten, wurde das Mißtrauen ihnen gegenüber noch größer. Die gesamte israelische Gesellschaft war damals von Freude über den amerikanischen Angriff auf den Irak erfüllt. Der israelische Regierungssprecher verlangte vom amerikanischen Präsidenten, »keine Gnade gegenüber Saddam Hussein zu zeigen«²⁷. Im Westen empfanden es die meisten als ganz normal, daß die Amerikaner über dem Irak das Äquivalent von sieben Hiroshima-Bomben entluden, wodurch zirka 150000 Iraker ihr Leben verloren. Dies sind Menschen, die »anders gewickelt« sind, wie Gerhard Konzelmann meinte. Amos Oz malte das Gespenst eines »zweiten Auschwitz« an die Wand. Yossi Sarid schrieb 1991 in »Ha'aretz«: »Im Vergleich mit den Verbrechen Saddam Husseins erscheinen die Sünden der israelischen Regierung weiß wie Schnee. Ich trete aber weiter für ihr Recht auf Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat ein, weil es mein eigenes Recht ist, die Besetzung und ihre negativen Folgen loszuwerden. Vielleicht haben sie die Besetzung

verdient, wir jedenfalls haben sie nicht verdient.« Meint Sarid vielleicht, daß die Besetzung für die Palästinenser ein Glücksfall war und ihrer Gesellschaft keinen Schaden zugefügt hat? Seit wann sind nur die Besatzer Leidtragende? Die von den Amerikanern erzwungene Wehrlosigkeit Israels hatte das Selbstverständnis des Staates tief erschüttert. Israel sah sich erstmalig mit einer Situation konfrontiert, die seiner Staatsdoktrin der Selbstverteidigung widersprach. Im Ausland bewirkte der Angriff auf Israel eine Flut von Solidaritätskundgebungen für das Land, die sich vor allem in finanziellen Hilfeleistungen ausdrückten. Wer erinnert sich nicht an die Israelreisen deutscher Politiker mit Schecks in ihrem Gepäck. Für Israel jedenfalls brachte der Golfkrieg eine »moralische Aufwertung«²⁸.

Für die PLO und die Palästinenser in den arabischen Staaten bedeutete die Niederlage Saddam Husseins einen herben Rückschlag. 350000 von ihnen wurden aus Kuwait, Saudi-Arabien und den Golf-Emiraten ausgewiesen. Diese Länder stellten ihre Zahlungen an Arafat ein, was den finanziellen Ruin der Organisation bedeutete. Arafats Organisation war politisch, wirtschaftlich und moralisch am Ende. Die Niederlage Saddam Husseins hatte in westlichen diplomatischen Kreisen die Hoffnung genährt, auch der Nahe Osten ließe sich neu ordnen. Der amerikanische Präsident George Bush sprach von einer »Neuen Weltordnung« und meinte damit die globale Dominanz bzw. Hegemonie der Vereinigten Staaten. Die USA waren der Ansicht, das israelisch-arabisch-palästinensische Problem ohne Beteiligung der internationalen Staatengemeinschaft lösen zu können. Der amerikanische Außenminister James Baker entwickelte eine intensive Reisediplomatie in der Region. Der sowjetische Außenminister Alexander Bessmertnych beteiligte sich daran; seine Rolle beschränkte sich allerdings auf die eines Gehilfen der USA, weil die Tage der Sowjetunion bereits gezählt waren. Trotz erheblichen Widerstandes der israelischen Regierung gelang es den amerikanischen Diplomaten, Ende Oktober/Anfang November 1991 zur Friedenskonferenz in Madrid zu laden.

4. Präludien des Friedens: von Madrid nach Oslo

George Bush hatte am 6. März 1991 vor dem US-Kongreß für einen »umfassenden Frieden auf der Grundlage der UN-Resolutionen 242 und 338« und des Prinzips »Land gegen Frieden« votiert. Diese Rede sowie sein Brief an die Palästinenser vom Oktober 1991, in dem er sich gegen den »Ausbau der Siedlungen« aussprach, ermöglichten es Arafat, das

Exekutivkomitee der PLO für die Formel »Land gegen Frieden« zu gewinnen. Edward Said sah darin einen »Verrat an unserer Geschichte und unserem Volk«²⁹.

Die »Friedenskonferenz« von Madrid brachte unter der Schirmherrschaft der USA und der Sowjetunion am 31. Oktober und 1. November 1991 erstmalig Unterhändler aus Israel, Syrien, dem Libanon, Jordanien sowie Palästinenser aus der Westbank und dem Gaza-Streifen an einen Tisch. Um die Zusammensetzung der jordanisch-palästinensischen Delegation war hinter den Kulissen heftig diskutiert worden. Die israelische Regierung weigerte sich, palästinensische Delegierte aus Ost-Jerusalem zu akzeptieren, da sie die Souveränität über diesen Stadtteil beanspruchte. Der palästinensische Delegationsleiter, der Arzt Haidar Abd Al-Shafi, hielt eine bedeutsame Rede: »Wir, das Volk Palästinas, stehen vor Ihnen mit unserem Leid, mit unserem Stolz und unserer Hoffnung, denn wir haben lange die Sehnsucht nach Frieden und den Traum von Gerechtigkeit und Frieden in uns getragen. Zu lange wurde das palästinensische Volk nicht beachtet, zu lange wurde unserer Stimme kein Gehör geschenkt und der Versuch unternommen, unsere Stimme zum Schweigen zu bringen oder sie gar zu negieren, zu lange wurde unsere Identität aus Gründen politischer Opportunität negiert, unser gerechter Kampf gegen Unrecht verleumdet und unsere gegenwärtige Existenz der vergangenen Tragödie eines anderen Volkes untergeordnet.« Abd Al-Shafi sprach alle für die Palästinenser wichtigen Probleme an: den Status von Jerusalem, die politischen Gefangenen, die israelische Siedlungspolitik, die Achtung der Vierten Genfer Konvention, das Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat.

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir wiederholte in seiner Erwiderung bekannte Formeln über die Katastrophe des Holocaust, die 4000jährige Anwesenheit von Juden in Palästina, die arabische Feindschaft, den Terror der Palästinenser und die Weigerung der arabischen Staaten, das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Shamir warnte davor, die Gespräche primär und ausschließlich auf Land zu konzentrieren, dies wäre der schnellste Weg in die Sackgasse. Er forderte zunächst vertrauensbildende Maßnahmen. Abd Al-Shafi entgegnete ihm: »Unsere palästinensische Delegation ist, um aufrichtig zu sein, hierher gekommen, um Sie mit einer Herausforderung zu konfrontieren: um uns als Menschen vorzustellen und Sie als Menschen anzuerkennen, um die Fesseln der Vergangenheit zu überwinden und den Grundstein für einen Frieden zu legen, dessen Rahmen Gegenseitigkeit, Offenheit und Anerkennung bilden.« Für Israelis, die die Palästinenser immer noch mit »Terroristen« gleichsetzten, waren diese Worte gewiß eine Herausforderung. Die anschließenden zehn Verhandlungsrunden der Delegationen in Washington brachten keine

Fortschritte; die Teilnehmer konnten sich nicht einmal über Verfahrensfragen einigen. In den besetzten Gebieten breitete sich das Elend weiter aus, die Desillusionierung der Palästinenser schritt fort, und ihre Unterhändler zerstritten sich. Yassir Arafat spielte eine zwielfichtige Rolle.³⁰ Yitzhak Shamir erklärte später, er hätte in Washington noch zehn Jahre verhandelt, bis es vor Ort nichts mehr zu verhandeln gegeben hätte.

Das eigentliche Ziel der USA war nicht die Herstellung normaler Beziehungen, in denen Israel nur ein Staat unter anderen sein sollte, vielmehr sollte dieser Staat aufgrund seiner stärkeren ökonomischen Basis eine hegemoniale Rolle in der Region spielen. Bush erhielt für diese Strategie die Unterstützung der arabischen Staaten, die nach dem Golfkrieg von den Vereinigten Staaten abhängiger als je zuvor waren. Die Weigerung der Shamir-Regierung, einen Siedlungsstop zu verhängen, veranlaßte die US-Administration jedoch, einen zugesagten Zehn-Milliarden-Dollar-Kredit für die Integration sowjetischer Juden auszusetzen und bei den Wahlen im Juni 1992 den Kandidaten der Arbeitspartei, Yitzhak Rabin, zu unterstützen, der den Israelis Frieden versprach.

Wer geglaubt hatte, die Verhandlungen in Washington würden nach dem Regierungswechsel in Israel zügiger vorangehen, sah sich getäuscht. Die Repression gegenüber den Palästinensern nahm eher noch zu. Anlaß dafür bot die Ermordung einiger unschuldiger Zivilisten durch Palästinenser. Die Rabin-Regierung ließ im Dezember 1992 in einer Nacht-und-Nebel-Aktion 415 vermeintliche Hamas-»Terroristen« in das Hermon-Gebirge im Süden Libanons verbannen. Nach der Vierten Genfer Konvention sind Deportationen prinzipiell untersagt. Der UN-Sicherheitsrat forderte in seiner Resolution 799 die unverzügliche Rückkehr der Verbannten, die Einhaltung der Vierten Genfer Konvention sowie die Einstellung derartiger Strafmaßnahmen. Die USA tolerierten, daß Israel auch diesen Beschluß der UNO mißachtete. Das Oberste Gericht Israels deutete die Massendeportation in eine massenhafte »individuelle Deportation« um und erklärte sie für Rechtens. Damit sei das Prinzip der Deportation sanktioniert, stellte Yitzhak Rabin mit einigem Stolz nach seinen Verhandlungen mit Präsident Bill Clinton in den USA fest. Die Verbannten nutzten ihre Lage allabendlich für Auftritte in den Medien. Die Hisbollah soll einige von ihnen für Selbstmordanschläge »ausgebildet« haben. Etwa 200 Deportierte durften nach einigen Wochen zurückkehren, die anderen verbrachten über ein Jahr im Libanon.

Durch eine Grundsatzentscheidung der israelischen Regierung wurde eine totale Abriegelung der Gebiete am 30. März 1993 getroffen, die bis heute nicht widerrufen worden ist. Damit wollte Israel das Eindringen von Attentätern endgültig unterbinden. Die besetzten Gebiete

wurden in vier Kantone aufgeteilt: eine nördliche und eine südliche Westbank, Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen. Die palästinensische Wirtschaft, die ärztliche Versorgung, die Bewegungsfreiheit, die freie Religionsausübung und die Ausbildung der Palästinenser sind dadurch auf das schwerste beeinträchtigt. Außerdem erhalten sie seither kaum eine Einreisegenehmigung für Ost-Jerusalem, ihr politisches und kulturelles Zentrum.

Als die Regierung Rabin amtierte, entspannte sich das Verhältnis zu den USA. Rabin ordnete umgehend an, keine neuen Siedlungen zu errichten. Ausgenommen waren sicherheitsrelevante Standorte. Allerdings konnten die im Bau befindlichen vollendet werden und bestehende expandieren. So stieg die Zahl der Siedler während der vierjährigen Regentschaft der Arbeitspartei in den besetzten Gebieten um 50 Prozent an. Die Weltöffentlichkeit tolerierte dies, da die Rabin-Regierung als »links« galt. Netanyahu hat dieser erfolgreichen Expansion nachgeeeifert. Der Protest gegen seine Siedlungspolitik ist scheinheilig und zeugt von einer doppelten Moral seiner Kritiker. Der Bau von Siedlungen wurde stets mit vorgeschobenen Sicherheitsargumenten begründet, um der Kolonisierung fremden Landes wenigstens eine relative Plausibilität zu geben. Alle israelischen Regierungen wußten, daß sich diese Siedlungen als ein Haupthindernis für eine zukünftige Friedenslösung erweisen würden.

Als die Hisbollah im Juli 1993 Nordisrael mit Katjuscha-Raketen beschoß, antwortete die israelische Armee mit massiven Angriffen auf den gesamten Libanon. Rabin hatte die »Operation Rechenschaft« in zynischer Weise angekündigt. Bewußt wählte er ein probates Mittel, um auf die libanesische Regierung Druck auszuüben: die Vertreibung der Zivilbevölkerung. 500000 Libanesen mußten damals vor israelischen Luftangriffen in den Norden des Landes flüchten. Wolfgang Günter Lerch kommentierte die Aktion in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) mit dem Wort »Staatsterrorismus«. Für den ehemaligen Knesset-Abgeordneten Uri Avnery war es »der grausamste ... und vielleicht auch der sinnloseste« Krieg, den Israel je geführt habe. »Noch nie hat eine israelische Regierung einen Krieg geführt, dessen offizielles Ziel es war, die Zivilbevölkerung gänzlich zu vertreiben«, so Avnery im »Spiegel«. Israelische Kolumnisten bezeichneten erstmals Angriffe der eigenen Armee als »Kriegsverbrechen«. Während dieser Aktionen verhandelten Abgesandte Israels und Arafats bereits in Oslo über die Modalitäten und Sicherheitsvereinbarungen für eine Autonomie.

Mitte August 1993 verdichteten sich Gerüchte, daß sich beide Seiten in Geheimverhandlungen über eine Teilautonomie für den Gaza-Streifen und die Stadt Jericho im Westjordanland verständigt hätten. Die Öffentlichkeit und die arabischen Verhandlungsdelegationen in Washington wurden davon total überrascht. Selbst die PLO-Delegation wurde erst informiert, als sie in Tunis zur elften Verhandlungsrunde aufbrechen wollte. Hanan Ashrawi, Mitglied dieser Delegation, gibt in ihrer Autobiographie Auskunft über die euphorische und unrealistische Sicht der Palästinenser um Arafat.³¹

Seit Januar 1993 hatten israelische und palästinensische Unterhändler dieses Abkommen in 14 Sitzungen in Norwegen ausgehandelt. Die ersten Kontakte wurden zwischen Yair Hirschfeld und Achmad Qrei alias Abu Ala in London geknüpft. Am Zustandekommen dieses Treffens war indirekt Hanan Ashrawi beteiligt.³² Ron Pundik und Mahmoud Abbas alias Abu Mazen erörterten ökonomische Fragen. Erst als Shimon Peres im März seinen Stellvertreter Uri Savir und den Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, Joel Singer, zu den Gesprächen entsandte, wurden Fortschritte ersichtlich.

In die »Prinzipienerklärung« wurden zahlreiche Positionen übernommen, die schon im Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten formuliert worden waren, zum Beispiel die »begrenzte Autorität« der Palästinenser in der Westbank und im Gaza-Streifen. Letzteres wurde von der palästinensischen Delegation in Washington auf Anweisung Arafats stets zurückgewiesen. Der PLO-Chef hatte sich zunächst gegen die Vorstellung aufgelehnt, daß die Palästinenser in einem »Bantustan« leben sollten oder es ihnen wie den Indianern in Nordamerika ergehen sollte. Aber genau auf diesen Status werden die Palästinenser in den Abkommen reduziert. Die drei bis vier palästinensischen Verhandlungsführer waren blauäugig und inkompetent.³³ Weder Arafat noch seine Emissäre beherrschten die Verhandlungssprache Englisch. Sie hatten nicht einmal einen juristischen Berater an ihrer Seite.

Die in Oslo getroffene Vereinbarung, als »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« bekannt, wurde am 13. September 1993 vor dem Weißen Haus in Washington unterzeichnet. In einer feierlichen Zeremonie sprach Yitzhak Rabin vom Ende des Blutvergießens nach einhundert Jahren. Shimon Peres entwarf die Vision eines »Neuen Nahen Ostens«, und Arafat stattete für die Aufgabe fast aller Rechte der Palästinenser seinen Dank ab. Bill Clintons Pose entsprach der eines römischen Kaisers, der zwei verfeindete Vasallen durch ein Ritual und Huldigung zum Gehorsam bringt.

Optimismus war angesagt, obwohl er nicht berechtigt war. In welchen Dimensionen die Akteure dachten, machte die Rede von Shimon Peres deutlich. »Was wir heute hier vollziehen, ist mehr als die Unterzeichnung einer Übereinkunft. Es ist eine Revolution ... Wir wollen eine Wende von Gewehrkugeln zu Wahlkugeln, von Waffen zu Spaten. Wir werden mit Euch beten. Wir werden unsere Hilfe anbieten, um Wohlstand in Gaza zu schaffen und Jericho wieder zum Blühen zu bringen.« Er gab seiner Vision sogar einen prophetischen Anflug: »Dies sollte eine neue Schöpfung sein. Wir müssen ein neues Gemeinwesen auf unserem alten Boden schaffen; einen Nahen Osten für die Menschen, einen Nahen Osten für die Kinder ... Lassen Sie uns der Feindschaft eine Absage erteilen, und mögen Opfer auf keiner Seite mehr zu beklagen sein.« Wesentlich realistischer gab sich dagegen Yitzhak Rabin, der über die Opfer von Gewalt und das Leid der Familien, über Jerusalem als die »ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes« sprach. Seine Rede richtete sich primär an die israelische Bevölkerung. »Wir kommen von einem Volk, aus einer Heimat, einer Familie, wo es kein einziges Jahr, keinen einzigen Monat gegeben hat, in dem Mütter nicht um ihre Söhne geweint haben ... Wir sagen Euch heute mit lauter und deutlicher Stimme: Genug des Blutes und der Tränen. Genug.« Solche Worte hätte Arafat finden sollen, da die Palästinenser durch die Abkommen auf die Konstellation von »Terrorismus« und »Gewalt« reduziert wurden. Der PLO-Vorsitzende erwähnte nicht einmal die palästinensischen Opfer und bat im Gegensatz zu seinen beiden Vorrednern neben den USA und der internationalen Staatengemeinschaft auch »Gott, den Barmherzigen«, um Beistand. Instinktiv wohl ahnend, daß der eingeschlagene Weg kein leichter sein werde. »Wir zählen auf die Rolle, die Sie dabei spielen werden, Herr Präsident, und auf die Rolle aller Länder, die glauben, daß ohne einen Frieden im Nahen Osten der Frieden in der Welt nicht vollkommen sein wird.« Noch gab sich Arafat der Illusion hin, die USA seien in diesem Konflikt »ehrliche Makler«.

Diese »Prinzipienerklärung« war tatsächlich nichts anderes als ein Dokument der Kapitulation, Edward Said nannte es ein »palästinensisches Versailles«. Die Palästinenser um Arafat und einige von ihm Abhängige sprachen von einem »Sieg«. Das Abkommen hat nicht Palästina auf die Landkarte des Nahen Ostens zurückgebracht, wie der PLO-Chef euphorisch in Washington betonte, sondern eine Karikatur desselben. Nabil Shaath äußerte in einem Interview die Hoffnung auf einen Singapur ähnlichen Status für den Gaza-Streifen. Diese und andere unrealistische Erwartungen entbehrten jeglicher Grundlage. In den Verträgen steht zum Beispiel nichts über die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948.³⁴ Der Delegationsleiter Haidar Abd Al-Shafi erklärte: »Wir sind nicht verantwortlich für die Fehler in diesem Abkommen. Wir haben über nichts gesprochen, daß zu diesen Konzessionen geführt hat. Im

Gegenteil: Wir wiesen auf die zentralen Fragen hin, bei denen wir hart bleiben müßten.«³⁵ Arafat ignorierte solche Einwände. Vielleicht hatte er auch Angst vor den Mindestforderungen, spekulierte Abd Al-Shafi in einem Interview in der »taz« vom 8. Dezember 1993.

Der Friedensprozeß leitete das Ende des Emanzipationsprozesses der Palästinenser ein, weil die Unterdrückten ihre Unterdrücker legitimierten, bevor die Besetzung ein Ende gefunden hatte. Vergleiche mit Algerien, Vietnam oder Südafrika sind historisch nicht haltbar, da diese Länder in eine reale Unabhängigkeit entlassen worden sind. Die Westbank und der Gaza-Streifen blieben jedoch nach der Unterzeichnung aller bisher abgeschlossenen Verträge unter israelischer Besetzung, alle Militärverordnungen besitzen dort weiterhin Gültigkeit. Selbst die Autonomiegebiete befinden sich in einem quasi Belagerungszustand, da Israel jederzeit das Recht hat, sie abzuriegeln oder sogar einzumarschieren, wenn es seine Sicherheit bedroht sieht. Die Dokumente bieten den Palästinensern keinerlei Schutz vor israelischer Gewalt, Fragen der Kompensation für den umfangreichen Verlust von Land und Vermögen wurden gar nicht angesprochen.

Außenminister James Baker zog in einem Fernsehinterview folgendes Fazit: Israel habe nichts aufgegeben als die Ablehnung, die »PLO als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes« zu akzeptieren. Amos Oz brachte die Vereinbarung sofort auf den Punkt, als er in einem Interview vom 14. September 1993 gegenüber der BBC betonte: »Dies ist der zweitgrößte Sieg in der Geschichte des Zionismus.«

Nüchterne Urteile über diesen Friedensprozeß sind in der allgemeinen Euphorie untergegangen. So sagte Haidar Abd Al-Shafi am 8. Dezember 1993 in der »taz«: »Ich glaube nicht, daß es jemals zu einem palästinensischen Staat kommen wird.« Auch auf israelischer Seite gab es einige Realisten. Roni Ben Efrat, Chefredakteurin des israelischen Magazins »Challenge«, fällt in einem Gespräch für die Wochenzeitung »Das Parlament« am 12. November 1993 ein weitblickendes Urteil: »Die PLO untergrub mit diesem Abkommen ihr Recht auf einen eigenen Staat. Arafat hat alles weggegeben und nichts dafür bekommen.« Die Palästinenser hätten zu etwas ja gesagt, das »unter ihren Minimalforderungen liegt«. Es gebe auch keine Verbindung zwischen dem Interims- und dem Endzustand. »Wenn Israel irgendwelche guten Absichten gehabt hätte, hätte es einige Verbindungen zwischen diesen beiden Phasen aufzeigen müssen. Die Tatsache, daß dies nicht der Fall ist und alles bis auf den Zeitplan offenbleibt, gibt den Palästinensern keinerlei Garantie für die Zukunft. Die einzige Veränderung, die sich ereignet hat, war die Einbeziehung der PLO.«

Im Mai 1994 schrieb der Verfasser: »Dieses Abkommen stellt nach der Gründung des Staates Israel den größten Erfolg israelischer Diplomatie dar. Es ist eine Meisterleistung von Rabin und Peres. Israel brauchte nicht einmal anzuerkennen, daß es Besatzungsmacht ist.«³⁶ Die Abkommen sind reine Sicherheitsabkommen und sanktionieren die Unterwerfung der palästinensischen Führung unter den Befehl Israels. Was dies für die Zukunft der autonomen Enklaven bedeuten würde, mußte jedem klar werden, der die Abkommen analysiert hatte. »Somit ist Arafat gezwungen, zusammen mit der israelischen Armee und dem Geheimdienst, den Widerstand gegen das Abkommen niederzuschlagen. Die Konsequenzen einer solchen Kooperation könnten die Einschränkung der Freiheit, die Unterdrückung der Opposition, sprich der Intifada und der Opposition gegen das Abkommen, und schließlich eine Diktatur sein.«³⁷

Als der Inhalt des Abkommens bekannt wurde, formierte sich sofort Widerstand: Zehn Oppositionsgruppen – unter ihnen Hamas, Islamischer Heiliger Krieg, DFLP, PFLP und Achmed Dschibrils »Generalkommando« – haben sich am 9. Oktober 1993 in Damaskus getroffen, den Plan abgelehnt und Arafat den Kampf angesagt. Ihr Credo: Das Abkommen sei ein »Dolchstoß in den Rücken unseres nationalen Kampfes«. Der »bewaffnete Kampf gegen den zionistischen Feind« werde fortgesetzt. Dschibril drohte Arafat sogar an, ihn zu ermorden. In einem Interview mit dem »Spiegel« vom 13. September 1993 hat George Habash unzweideutig erklärt, die PFLP werde sich nicht mit dieser »schändlichen Übereinkunft« zufriedengeben, sondern setze weiter auf die Intifada, um »Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung« für Palästina zu erreichen. Die Gegner des Abkommens saßen zum Teil in Damaskus und waren vom guten Willen und politischen Kalkül Hafes al-Assads abhängig. Ihre Front strebte nie einen Bürgerkrieg unter den Palästinensern an.

Israelis und Palästinenser unterzeichneten am 4. Mai 1994 das »Gaza-Jericho-Abkommen«, in dem die Details der Machtübernahme in einem Teil des Gaza-Streifens und der Enklave Jericho festgelegt werden. Die Verhandlungen verliefen alles andere als zügig, da sich die Delegationen zunächst nicht über die Größe der Enklave Jericho und andere Punkte einigen konnten. Die Gegner des Friedensprozesses auf beiden Seiten blieben nicht untätig. Palästinensische Terroranschläge folgten auf das Massaker, das der Arzt Baruch Goldstein aus der Extremistensiedlung Kiryat Arba bei Hebron am 25. Februar 1994 in der Ibrahimi-Moschee anrichtete. Goldstein erschoss 29 betende Muslime. Während der anschließenden Demonstrationen erschossen israelische Soldaten die gleiche Anzahl Palästinenser. Anstatt

die Täter zu belangen und die Extremisten aus Hebron zu evakuieren, bestrafte man die Opfer und verhängte eine 30tägige Ausgangssperre, die das Leben in der Stadt völlig paralyisierte. Die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer schrieb dazu: »An dieser Stelle ist es jedoch wichtig, darauf hinzuweisen, daß der Versuch unternommen wurde, das Verbrechen Goldsteins vom Thema Siedlungen in den besetzten Gebieten, die im Verantwortungsbereich der Regierung liegen, zu trennen und damit auch die Regierung von ihrer Verantwortung reinzuwaschen.«³⁸ Nach Langers Ansicht wollte man »die symbiotische Beziehung zwischen Armee und Siedlern in den besetzten Gebieten ... verschleiern, in dem dort herrschenden System der Apartheid, dem letzten dieser Art unter der Sonne«³⁹.

Der Friedensprozeß besaß 1994 noch eine gewisse Kraft: In Israels zweitem Friedensvertrag nach dem Camp David-Abkommen mit Ägypten wurden u.a. folgende Punkte geregelt: die Verteilung der Wasserressourcen, der endgültige Grenzverlauf, der gemeinsame Kampf gegen den Drogenhandel und das Verbrechen, Umweltfragen sowie Vereinbarungen über Grenzübergänge zwischen beiden Ländern. Nachdem der jordanische König Hussein II. und der israelische Regierungschef Yitzhak Rabin bereits am 25. Juli in Gegenwart von US-Präsident Bill Clinton in Washington den seit 1948 bestehenden Kriegszustand zwischen Jordanien und Israel für beendet erklärt hatten, wird am 26. Oktober in der Oase Ein Avrona südlich des Toten Meeres der Friedensvertrag offiziell unterzeichnet. Insbesondere ein Schuldennachlaß von 700 Millionen US-Dollar und die Zusage der US-Regierung für Militärhilfe veranlaßten König Hussein, nach 46 Jahren Frieden mit Israel zu schließen.

Yitzhak Rabin, Shimon Peres und Yassir Arafat erhielten am 14. Oktober 1994 den Friedensnobelpreis. Wie bekannt, wurde in der Region kein Frieden erreicht, aber den gab es auch nach dem 1979 zwischen Israel und Ägypten geschlossenen Friedensvertrag nicht, für den Menachem Begin und Anwar al-Sadat ebenfalls den prestigeträchtigen Preis erhalten hatten.

Trotz zahlreicher Terroranschläge und erheblichen Widerstandes in Israel hielt Rabin unbeirrt an seinem Verhandlungskurs mit den Palästinensern fest. Nach zähen Auseinandersetzungen wurde schließlich am 28. September 1995 das »Interimsabkommen über die Westbank« im ägyptischen Badeort Taba unterzeichnet. Die Konsequenzen der Verträge wurden immer deutlicher. Die Entwicklung läuft nicht auf eine palästinensische Eigenstaatlichkeit, sondern auf eine Bantustanisierung hinaus, die den Status quo der Besetzung legitimiert. Dieser Kantonisierungsprozeß desillusioniert die Palästinenser zunehmend, merkte der Menschenrechtler Eyad al-Sarraj in einem Interview mit mir an.⁴⁰

Wie umstritten der Friedensprozeß auch in Israel war, zeigte die Ermordung Yitzhak Rabins durch einen jüdischen Fundamentalisten am 4. November 1995 nach einer Friedenskundgebung in Tel Aviv. Diesem Attentat war eine monatelange Hetzkampagne von extremistischen Siedlern, radikalen Rabbinern und führenden Politikern des Likud-Blocks und der Nationalreligiösen Partei (Mafdal) vorausgegangen. Benjamin Netanyahu attackierte Rabin in der Knesset: »Sie, Herr Premierminister, werden als der Premierminister in die Geschichte eingehen, der eine Armee palästinensischer Terroristen gegründet hat ... Sie, Yitzhak Rabin, klage ich an, Sie schüren den arabischen Terror, Sie tragen die unmittelbare Verantwortung für das scheußliche Massaker in Tel Aviv. Sie sind schuldig. Dieses Blut komme über Ihr Haupt.« Netanyahu sprach auf Kundgebungen, auf denen Plakate zu sehen waren, die Rabin quasi zu »Freiwild« erklärten. Die Plakate zeigten Rabin als »Verräter«, »Mörder«, mit einer palästinensischen Keffieh, in SS-Uniform mit Hakenkreuzbinde oder am Galgen baumelnd, oder als »Rabin-Judenrat«. Dies ist eine der übelsten Verleumdungen des damaligen Ministerpräsidenten, da man ihm eine Kollaboration mit den Palästinensern unterstellte, die zur Vernichtung Israels führen müsse. Extremisten schrien bei solchen Aufmärschen: »Mit Blut und Feuer werden wir Rabin vertreiben.«⁴¹ Netanyahu hat sich von den Plakaten nicht distanziert.

Rechte Kräfte versuchten, dem Geheimdienst Shin Bet die Verantwortung für die Ermordung Rabins in die Schuhe zu schieben. Die von ihnen verbreitete abstruse Verschwörungstheorie, nach der Peres dem Geheimdienst befohlen haben soll, anstatt der Platzpatronen scharfe Munition zu verwenden, da er Ministerpräsident werden wollte, ist völlig abwegig. Der Vorwurf, daß Avishai Raviv, ein V-Mann des Geheimdienstes in der rechtsextremen Szene Israels und Freund Yigal Amirs, den Shin Bet über das Attentat hätte informieren müssen, spricht nicht für die Beteiligung des Geheimdienstes. Raviv identifizierte sich wohl eher mit den rechtsextremistischen und rassistischen Ansichten Amirs als mit denen seines Auftraggebers. Für das Attentat tragen die Rechtskräfte in Israel die alleinige Verantwortung. Ihre Agitation und ideologische Verblendung schufen den Nährboden für den Attentäter Amir.

Das Massaker von Baruch Goldstein und das Attentat auf Ministerpräsident Rabin erklären sich aus der jüdischen Religion, wie Israel Shahak in der israelischen Zeitung »Davar« vom 8. April 1994 überzeugend nachwies. Der Historiker Moshe Zimmermann erklärte in einem Interview mit dem Verfasser in der Wochenzeitung »Das Parlament« vom 22. August 1997:

»Ich habe zwei Monate vor Rabins Tod einen Aufsatz in »Ha'aretz« geschrieben: »Die Weimarer Schrift an der Jerusalemer Wand«. Ich reagierte auf einen Vorfall, der wie eine Lappalie betrachtet wurde. Ein junger Mann versuchte, Minister Yossi Sarid von der Straße abzudrängen. Dies galt nicht als Mordversuch. Die Absicht war aber sehr klar. Er versucht, ihn auf diese Art zu töten. Ich empfand dies nicht als Witz und habe die Leute an den Mord an Walther Rathenau erinnert. In einer Atmosphäre, in der solche Worte fallen, ist deren Umsetzung in Taten nicht schwierig. Zwei Monate später war Rabin tot. Wenn ich es gespürt habe, konnten es auch andere wissen.«⁴² Zimmermann fügte hinzu, die Attentate seien in der Öffentlichkeit seines Landes nicht aufgearbeitet worden.

Anstatt umgehend Neuwahlen anzuordnen, versuchte sich Shimon Peres ein Image als entschlossener Staatsmann zuzulegen. Da die Wahlen erst im Mai 1996 stattfanden, hatten die Extremisten genügend Zeit, den Friedensprozeß weiter zu diskreditieren. Zwei verheerende Selbstmordattentate der Hamas am 25. Februar und 6. März 1996 in Jerusalem veranlaßten Peres, vorläufig keine weiteren Konzessionen an Arafat zu machen. Der geplante Rückzug aus Hebron wurde auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. Die Anschläge führten zur Einberufung eines Anti-Terror-Gipfels einiger Staatschefs am 13. März 1996 im ägyptischen Sharm el-Sheikh. Das Treffen diente eher der Imagepflege im Wahlkampf von Shimon Peres als der realen Bekämpfung des Terrors, da dessen Ursachen nicht erörtert wurden.

Im April 1996 beschloß die Hisbollah zum wiederholten Male mit ihren Katjuscha-Raketen den Norden Israels. Es wurde kein großer Schaden angerichtet, aber kurz vor den israelischen Wahlen mußte Peres Härte zeigen. Er befahl die Militäraktion »Früchte des Zorns«, die mit einem Debakel für Israel endete. Wie gewohnt, beschloß das israelische Militär 16 Tage lang zu Lande und aus der Luft vermeintliche Stellungen der Hisbollah. Sie traf jedoch nur Zivilisten. Ein Stützpunkt der UNO wurde »versehentlich« bombardiert, wobei über 120 Frauen und Kinder umkamen. Die Vereinten Nationen wiesen in einem Untersuchungsbericht nach, daß der israelische Angriff nicht auf ein Versehen zurückzuführen war.⁴³ Die Israelis vertrieben wieder Hunderttausende von Libanesen und richteten einen Schaden in Höhe von 500 Millionen US-Dollar an. Die Hisbollah, die Israel eigentlich vernichten wollte, ging gestärkt aus dieser Aktion hervor. Auf Vermittlung des französischen Außenministers Hervé de Charette und zum Ärger der USA gelang es, ein Abkommen zwischen Israel und der Hisbollah zu erreichen, in dem beide Seiten zusicherten, die Zivilbevölkerung zu verschonen. Die gegenseitige Bekämpfung von Soldaten bzw. Freiheitskämpfern wurde ausdrücklich zugestanden.

5. Die Regierung Netanyahus und die Eskalation des Konflikts

Die vermeintliche Kraftprobe von Ministerpräsident Peres trug zu seiner Wahlniederlage bei. Mit nur 29000 Stimmen Vorsprung gewann Benjamin Netanyahu. Die israelischen Araber verweigerten nach dem Massaker von Qana im Libanon Peres ihre Zustimmung. Die Wahlen zur Knesset offenbarten einen Rechtsruck. Rechte, religiöse und nationalistische Parteien gewannen erheblich hinzu. Netanyahu bildete eine Koalitionsregierung, die sich aus Mitgliedern dieser Parteien zusammensetzte. Minister wurden Ariel Sharon, Raphael Eitan und Zevulun Hammer, um nur die Radikalsten zu nennen. Die Medien versuchten Netanyahu das Image eines »Pragmatikers« zu geben, doch er erwies sich als »Ideologe«, der zum revisionistischen Flügel des Zionismus gehört. Arafat war der Schock über den Wahlsieg von Netanyahu tagelang anzusehen. Bis sich Netanyahu und Arafat auf massiven Druck der USA hin trafen, vergingen Monate. Netanyahu hatte im Wahlkampf lautstark verkündet, nie die Hand dieses »Terroristen« zu schütteln. Daß er es tat, kann nicht als ein Indiz seines »Pragmatismus« gedeutet werden.

Der bereits vorher in der Sackgasse geratene Friedensprozeß kam nun völlig zum Erliegen. Bereits Netanyahus Staatsbesuche in Ägypten, Jordanien und den USA zeigten, daß er Konzilianz mit Härte verband. Selbst vom US-Präsidenten ließ er sich zu keiner Konzession bewegen, ja er stellte ihn auf einer Pressekonferenz öffentlich bloß. Den USA gelang es lediglich, Netanyahu zu Neuverhandlungen über den im »Interimsabkommen« vereinbarten Truppenrückzug aus Hebron zu drängen. Das am 15. Januar 1997 unterzeichnete Protokoll zur Umgruppierung der israelischen Truppen enthielt im wesentlichen die bereits getroffenen Vereinbarungen des »Interimsabkommens«. Netanyahu sah sich durch eine von ihm paraphierte, »bessere« Vereinbarung gegenüber der von seinem Vorgänger ausgehandelten gestärkt. Daß nun auch die andere Hälfte Israels »ja« zum Friedensprozeß gesagt habe, wie diverse Kommentatoren führender deutscher Zeitungen euphorisch behaupteten, erwies sich als Trugschluß.

Sofort nach dem Regierungswechsel zeigte Netanyahu, in welcher Weise er die Interessen Israels zu vertreten gedachte. Seine Entscheidung, den Siedlungsstop aufzuheben, löste internationale Proteste aus. Gegenüber den Palästinensern ließ er wenig Feingefühl walten. Die aufgrund permanenter Erniedrigungen Arafats und Schikanen gegenüber der palästinensischen Bevölkerung gestiegenen Frustrationen entluden sich bei der Eröffnung eines unterirdischen Tunnels entlang der Klagemauer im September 1996. Es kam zu kriegerischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Palästinenser und israelische Soldaten

getötet wurden. Im Februar 1997 entschied die Netanyahu-Regierung, eine Siedlung auf dem Berg Abu Ghnaim (israelisch Har Homa) zu bauen. Heftige Proteste der Palästinenser waren die Folge.

Bei Terroranschlägen der Hamas in einem Tel Aviver Café, auf dem zentralen Gemüsemarkt sowie in der Fußgängerzone in Jerusalem, wurden mehrere Israelis getötet und Hunderte zum Teil schwer verletzt. Die israelische Regierung verlangte von Arafat, die »Infrastruktur des Terrors«, die Organisationen Hamas und Islamischer Heiliger Krieg zu zerschlagen. Die US-Administration übernahm die Sprachregelung der Netanyahu-Regierung. Außenministerin Madeleine Albright kritisierte bei ihrem Besuch am 9. September 1997 die Siedlungspolitik nur sehr verhalten.

Netanyahu mußte schließlich Flexibilität zeigen, denn 75 Prozent der Israelis sprachen sich damals für eine Fortsetzung dieses Prozesses aus. Mit Clinton und Arafat traf er sich auf der Wye-Plantation in Maryland. Das am 23. Oktober 1998 unterzeichnete Wye-Memorandum kam einer totalen Kapitulation vor den israelischen Forderungen sehr nahe. Die Palästinenser mußten sich dem Sicherheitsverlangen Israels beugen und das »Prinzip der Gegenseitigkeit« akzeptieren. Damit hatte Netanyahu ein Druckmittel in der Hand, das er willkürlich interpretieren und einsetzen konnte. Nach dem Wye-Memorandum hatte Israel 60 Prozent der Gebiete unter alleiniger, absoluter Kontrolle und 22 Prozent unter militärischer zusammen mit den Palästinensern. Die Statusendverhandlungen brachten keinen Fortschritt. Netanyahu säte weiter Haß gegenüber den Palästinenser und dämonisierte sie, anstatt seine Landsleute von ihrem Friedenswillen zu überzeugen. Er unterstützte Extremisten und brachte die ethnischen Gruppen gegeneinander auf. Auch seine Ressentiments gegenüber linken Kräften in Israel zeigten, daß er alles andere als einen Ausgleich wollte.

Das Wye-Memorandum verhalf Netanyahu innenpolitisch nicht zu neuem Handlungsspielraum. Trotz der Beteiligung von Ariel Sharon an den Verhandlungen beschleunigte die Unterzeichnung dieses Abkommens den Zerfallsprozeß seiner Regierung. Im Dezember 1998 trat Außenminister David Levy zurück. Im Januar 1999 dankte Verteidigungsminister Yitzhak Mordechai ab. Selbst Sharon vermochte diesen Prozeß nicht aufzuhalten. Der Vertrag erhielt nur durch die Zustimmung der Arbeitspartei in der Knesset eine Mehrheit. Als das Parlament Netanyahu die Mehrheit entzog, mußten am 17. Mai 1999 Neuwahlen stattfinden, die der Ministerpräsident gegen seinen Herausforderer Ehud Barak von der Arbeitspartei mit 44 gegen 56 Prozent verlor.

Netanyahu war ein Gefangener seiner rechten Freunde und seiner bizarren Persönlichkeit. Selbst seine eigenen Anhänger witzelten: »Bibi schwindelt dermaßen, daß auch das Gegenteil von dem, was er sagt, noch eine Lüge ist.« Für die Israelis gingen mit der Abwahl von Netanyahu die Zeiten der Lügen, Täuschungen und Konfrontation zu Ende. Er hinterließ einen Scherbenhaufen. Seine reaktionäre und antisoziale Politik führte das Land innen- und außenpolitisch in eine Sackgasse und ruinierte den Likud. Er hatte Israel den USA entfremdet und das allmählich gewachsene Vertrauen zu den arabischen Staaten zerstört. Nur mit der Niederlegung des Parteivorsitzes und des Abgeordnetenmandats hatte Netanyahu staatsmännisches Format bewiesen. Ein bekannter Fernsehkommentator sagte: »Ein wunderbares Gefühl, morgen früh mit einem Ministerpräsidenten aufzuwachen, der die Wahrheit sagt.« Der israelische Schriftsteller David Grossmann schrieb am 8. Juni 1999 in der FAZ: »Israel machte die schwersten, destruktivsten und auch grotesksten Zeiten in seiner Geschichte durch.« Das Land konnte zur Normalität zurückkehren.

6. Ehud Baraks Intermezzo und Ariel Sharons Wiederaufstieg

Ehud Baraks Sieg im Mai 1996 über Netanyahu war wesentlich eindrucksvoller als der seiner Partei, die erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen mußte. Er stand vor keiner leichten Aufgabe: Es galt, den Friedensprozeß wieder in Gang zu bringen, die unterminierte Rechtsstaatlichkeit der israelischen Demokratie zu stärken und mit einem stark fragmentierten Parlament zusammenzuarbeiten, in dem Abgeordnete von 15 Parteien saßen. Die Gesellschaft war tief gespalten und hatte sich unter seinem Vorgänger immer stärker an ethnozentrisch-partikularen statt an universalistischen Werten orientiert.

Barak plante seine Regierungskoalition generalstabsmäßig. Sie sollte das politische Spektrum von rechts bis links abdecken und auf einer breiten »jüdischen« Grundlage stehen. Ihr gehörten sowohl die ultraorthodoxe Shas Partei als auch die säkulare Meretz Partei an, deren Führer im Wahlkampf mit dem Slogan »Niemals Shas« angetreten war. Auch die Aufnahme der Nationalreligiösen Partei (NRP) und die Vergabe des Wohnungsbauministeriums an Yitzhak Levy, einen Ultranationalisten und radikalen Politiker der NRP, zeigte, daß Barak den rechten Koalitionspartnern weit entgegenkommen wollte. Obwohl ihn die israelischen Palästinenser zu 95 Prozent gewählt hatten, bezog er ihre Vertreter nicht ein. Ihm war an einer rein jüdischen Mehrheit im Kabinett gelegen. Die Rechtsparteien hatten Rabin die Legitimität

abgesprochen, da er sich in der Knesset nicht auf eine »jüdische Mehrheit« stützen konnte, sondern von den palästinensischen Abgeordneten abhängig war.

Barak gehört zum rechten Flügel der zionistischen Arbeiterbewegung Achdut Ha'avoda, die seit 1948 für ein Groß-Israel eintritt. Baraks Entschluß, nur vier von 42 illegalen Siedlungen aufzulösen, die in der Schlußphase von Netanyahus Amtszeit gebaut worden waren, konnte niemanden überraschen.

Weitsichtig hatte Tom Segev am 20. Mai 1999 in »Ha'aretz« geschrieben: »Barak versprach, sich um ein Friedensabkommen mit den Palästinensern zu bemühen, aber er hat ihnen wenig anzubieten. Er ist kein Frieden-Jetzt-Mann. Ich bezweifle, daß er eine Siedlung auflösen wird. Er will erreichen, daß die Palästinenser ihre Idee von einer Hauptstadt in Ost-Jerusalem aufgeben. Deshalb ist es höchst unwahrscheinlich, mit ihnen ein Abkommen zu erzielen. Es ist unwahrscheinlich, daß er nachgibt.«

Barak war als Falke ein ähnlich harter Verhandlungspartner wie sein Mentor Rabin. Er wollte gleich mit den Statusendverhandlungen beginnen und die dritte Phase des Rückzugs überspringen. Die Palästinenser gaben mit der Unterzeichnung des Sharm el-Sheikh-Protokolls vom 5. September 1999 auch in diesem Punkt nach, obwohl Israel die vorherigen Abkommen nicht erfüllt hatte.

Arafat beobachtete Baraks Annäherungen an Hafez al-Assad mit Sorge. Die Syrer weigerten sich, ihre Schritte mit dem PLO-Chef zu koordinieren. Sie hatten ihm nicht verziehen, daß er mit der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens aus der arabischen Front ausgebrochen war und ihr Land sowie den Libanon isoliert hatte. Auch die USA verlagerten ihr Interesse auf die syrisch-libanesische Schiene. Als Barak am 15. Dezember 1999 in Washington eintraf, um mit Syriens Außenminister Faruq al-Shara für den 3. Januar 2000 anberaumte Gespräche vorzubereiten, befürchteten die Palästinenser, sie könnten die Verlierer sein.

Die Verhandlungen in Shepherdstown scheiterten an der mangelnden Kompromißbereitschaft der Israelis. Barak hatte öffentlich Konzessionen angekündigt: Rückzug vom Golan, Auflösung der Siedlungen, ungeklärt schien nur die Frage des Grenzverlaufs am See Genezareth. Nachdem in Tel Aviv rund 150000 Israelis gegen eine Rückgabe der Golan-Höhen an Syrien demonstrierten und zwei Koalitionspartner mit dem Austritt aus der Regierung drohten, falls der Ministerpräsident bei den Friedensverhandlungen einem vollständigen Abzug aus dem besetzten Gebiet zustimmen sollte, war er lediglich bereit, die

Soldaten auf die Grenzen vor dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 zurückzuziehen, die Zivilisten sollten bleiben. Die Syrer wollten einem Abkommen nur zustimmen, wenn alle israelischen Siedler den Golan verlassen würden und sie wieder die Souveränität über den Golan ausüben könnten. Bill Clinton unterbreitete Hafez al-Assad am 26. März 2000 in Genf keine neuen Vorschläge an und stellte ihn als »Verweigerer« bloß.

Da der Widerstand der Hisbollah unter Israels Soldaten immer mehr Opfer forderte, hatte Barak im Wahlkampf versprochen, die Truppen innerhalb eines Jahres aus dem Libanon zurückzuziehen. Diese überhastete Aktion am 22. Mai 2000 ging mit dem totalen Zusammenbruch der Südlibanesischen Befreiungsarmee (SLA) einher, die mit Israel kollaboriert hatte. Tausende Kollaborateure flohen nach Israel und erfahren dort, wie es sich in einem jüdischen Staat als Bürger zweiter Klasse lebt. Die Bundesrepublik hat auf Zusage von Außenminister Joschka Fischer als einziges Land 400 von diesen Kollaborateuren aufgenommen. Sie werden von der Hamburger Innenbehörde betreut. Anstatt zuerst vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag klären zu lassen, ob sie sich Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, genießen sie in Deutschland einen privilegierten Status!

Nachdem die Verhandlungen mit Syrien gescheitert waren, setzten Israelis und Amerikaner wieder auf den Friedensprozeß mit den Palästinensern. Arafat wurde geradezu nach Camp David gezwungen. Israel und die USA wollten den Palästinensern die israelischen Positionen aufoktroyieren, doch diese wiesen die angebotenen »Kompromisse« als inakzeptabel zurück.

Zu einer neuen Eskalation der Gewalt kam es nach dem »Besuch« Ariel Sharons auf dem Haram al-Sharif (Tempelberg) am 28. September 2000 in Begleitung von ca. 3000 bewaffneten Soldaten und Polizisten. Dies war eine bewußte Provokation der Palästinenser. Barak hatte den »Gang« genehmigt, somit trifft ihn eine Mitverantwortung für die Folgen der daraufhin ausgebrochenen Al-Aqsa-Intifada. Der Aufstand gegen die Besatzung kostete bereits mehr als 550 Palästinensern das Leben, darunter mehr als 100 Kindern, mehr als 13000 wurden verletzt. Auch mehr als 130 Israelis kamen um. Israel belagert die Autonomiegebiete und beschießt seit Monaten einzelne Orte mit schwerem Geschütz und Kampfhubschraubern. Gezielt werden auch führende Mitglieder der PLO liquidiert.

Als Yassir Arafat im Januar 2001 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos erklärte, Israel führe einen regelrechten Krieg gegen die Palästinenser, löste dies in Israel Empörung aus. Barak hatte jedoch am 4. Januar 2001 in »Ha'aretz« ebenfalls von einem »Krieg« gegen die

Palästinenser gesprochen. Ephraim Sneh, ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister und jetziger Transportminister, meinte: »Es gibt kein Zaubermittel in diesem Krieg.« (»Ha'aretz«, 24. Januar 2001)

Innenpolitisch geriet Barak durch seine angeblichen »Kompromisse« gegenüber den Palästinensern immer stärker unter Druck. Seine Koalitionsregierung zerbrach, so daß er die Mehrheit in der Knesset verlor. Er kündigte am 10. Dezember seinen Rücktritt an. 63 der 120 Knesset-Abgeordneten stimmten einer Änderung des Wahlgesetzes zu, wodurch auch Nicht-Parlamentarier künftig für das Amt des israelischen Ministerpräsidenten kandidieren können. Dies hätte Netanyahu eine erneute Kandidatur ermöglicht, doch schließlich trat der 72jährige Likud-Vorsitzende Ariel Sharon gegen Ehud Barak an.

Sharon bereitete Barak in der Wahl am 6. Februar 2001 eine vernichtende Niederlage: 62,3 : 37,7 Prozent. Nur 13 Prozent der palästinensischen Israelis gaben ihre Stimme ab. Noch am Wahlabend kündigte Barak seinen Rücktritt als Parteivorsitzender der Arbeitspartei an und legte sein Abgeordnetenmandat nieder. Nach einigem Zögern lehnte er den von Sharon angebotenen Posten des Verteidigungsministers ab, da er in der Arbeitspartei keinen Rückhalt mehr besaß. Sein Intimfeind Peres ließ sich überreden, in eine Koalition mit den Rechtsnationalisten, religiösen Fundamentalisten und der Transferpartei einzutreten. Er dient dieser extrem rechten Regierung als »liberales Feigenblatt« und muß die brutale Politik Sharons im Westen verkaufen.

Noch keine israelische Regierung ist so früh gescheitert wie die Ehud Baraks. Er mag ein guter General gewesen sein, aber als Politiker hat er völlig versagt. Im Westen galt er als liberal, doch die Fakten vor Ort widerlegen eine solche Einschätzung. Seine einsamen Entscheidungen und sein Zickzack-Kurs entfremdeten ihn von politischen Freunden und Ministern. Zu seinen engeren Beratern gehörten nur Ex-Generäle. Welche Ratschläge sie ihm gaben, deutet der Journalist Amir Oren in »Ha'aretz« vom 17. November 2000 an: »Der stellvertretende Generalstabschef [Moshe Ya'alon,] berichtete seinen Kollegen, dies sei die kritischste Campagne Israels gegen die Palästinenser, einschließlich der israelischen Araber, seit dem Krieg von 1948. Für ihn ist es tatsächlich die andere Hälfte von 1948.« Die israelische Literaturwissenschaftlerin Tanja Reinhardt merkte dazu an, es dränge sich der Eindruck auf, in Israel habe sich seit 1948 nur wenig geändert und die militärisch-politische Klasse sei zur Erledigung der zweiten Hälfte bereit.

Diesem Denken fühlt sich auch Sharon verbunden. Seine Äußerungen zeugen nicht von Kompromißbereitschaft, sondern eher von Stillstand, Rückschritt, ja von dem Willen zur Konfrontation. Georg Baltissen hat in der »taz« vom 8. Februar 2001 den neuen Ministerpräsidenten zutreffend als einen »Mann der Vergangenheit und eine Figur des Übergangs« charakterisiert. »Er ist kein Hoffnungsträger. Seine Antworten hat sein Leben gegeben, und seine Autobiografie ist Bestätigung dafür. ›Krieger‹ heißt sie.« Ob die Palästinenser auf diesen »Schlächter von Beirut« friedlich oder mit Gewalt reagieren, muß ihre politische Elite verantwortungsbewußt abwägen.

Die Geschichte des Konflikts hat gezeigt, daß sich der Einsatz von Gewalt für die Palästinenser immer kontraproduktiv auswirkte. Widerstand gegen eine ungerechte Besetzung ist völkerrechtlich legitim. Dieses Recht hat Baruch Kimmerling, Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem, am 27. März 2001 in »Ha'aretz« überzeugend begründet: »Seit 1967 leben Millionen von Palästinensern unter militärischer Besetzung, ohne Bürgerrechte und ohne die elementaren Menschenrechte. Die andauernden Umstände der Besetzung und der Unterdrückung geben ihnen unter allen Umständen ein Recht, gegen die Besetzung Widerstand mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu leisten und sich gegen diese Besetzung mit Gewalt zu wehren. Dies ist ein moralisches Recht, das im Naturrecht und im Völkerrecht begründet liegt. ... Das Recht der Palästinenser auf Widerstand gegen die Besetzung wird noch unterstützt durch das Verbot der Vierten Genfer Konvention irreversible Fakten vor Ort zu schaffen und besonders durch das Verbot des Transfers der eigenen Bevölkerung des okkupierenden Staates in das besetzte Gebiet.« Ob Sharon ein zweiter Menachem Begin wird, darf bezweifelt werden. Dieser Vergleich ist nahezu eine Beleidigung für Begin. Sharon ist gewieft, doch auch ein Draufgänger und Abenteurer.

Schon als Barak amtierte, sprach man in Israel offen von Krieg. Sharon führt bereits einen solchen, er ließ erstmals seit dem Sechstagekrieg Kampfhubschrauber und F-16-Bomber einsetzen. Avigdor Lieberman, Infrastrukturminister unter Sharon und Vorsitzender der Russenpartei, Israel Beiteinu, haben öffentlich die Vertreibung der Palästinenser aus der Westbank gefordert. Die von Rehavam Ze'evi geführte National Union tritt in ihrem Parteiprogramm für einen Transfer der Palästinenser ein. Die Eskalation des Konflikts könnte Sharon dazu verleiten, solche Forderungen umzusetzen.

Der israelische Ministerpräsident ist in seine alten Denkschablonen und Verhaltensweisen zurückgefallen, die ihn als gewalttätigen, kompromißlosen Gegner der Palästinenser ausweisen. Solange er sich weigert, dem »Terroristen« und »Mörder« Arafat die Hand zu

reichen, werden die ehemaligen Gegner von Beirut keine tragfähige Lösung für ihre Völker finden.